

EVANGELISCHE
MONATSHEFTE
ZUR
GESELLSCHAFTSPOLITIK

9. JAHRGANG
FEBRUAR 1960

Die ² Mit- arbeit

Motive und Probleme der Frauenarbeit Mangelndes Berufsprestige der Industriearbeiterin

Von RENATE WALD

An nahezu jedem dritten Arbeitsplatz in der industriellen Fertigung steht heute eine Frau. Annähernd jede vierte erwerbstätige Frau ist Industriearbeiterin. Diese beiden Fakten kennzeichnen die Bedeutung der Frauenarbeit in der Industrie, mit deren besonderen Problemen sich der folgende Artikel befaßt.

Besondere Anforderungen an die Industriearbeiterin

Der amerikanische Soziologe Caplow sagt einmal, es sei charakteristisch für eine Reihe von Frauenberufen, daß sie einen gewissen Grad umfassender Bildung, aber nur wenig spezielle Vorbildung erfordern. Als Beispiele nennt er die Berufe der kaufmännischen Angestellten, der Pflegerin oder der Lehrerin, die allerdings eine wesentlich intellektuell und ästhetisch ausgerichtete „Allgemeinbildung“ zur Vorbedingung haben.

Auf die von Frauen in der Industrie vorwiegend verlangte Arbeit lassen sich diese Überlegungen dahingehend abwandeln, daß für sie nur in geringem Maße spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse, dafür jedoch eine bestimmte, eigentümlich weibliche Handgeschicklichkeit vorausgesetzt wird, außerdem eine als „typisch weiblich“ bezeichnete Arbeitsmoral, die für das Erreichen der größtmöglichen Leistungsfähigkeit unerlässlich ist.

Die Hand der Frau ist anders gebaut als die des Mannes: nicht nur das Knochengerüst ist zierlicher, die Finger stehen auch so zueinander, daß der Daumen im Verhältnis zu den anderen Fingern kürzer ist, außerdem ist die Hand feinnerviger; feinmotorische Koordinationsleistungen werden gewandt vollzogen, das Fingerspitzengefühl ist infolge eines stärker ausgeprägten Tastsinnes besser entwickelt. Die Anlage zu dieser Handgeschicklichkeit

ist schon bei sechzehn- und siebzehnjährigen Mädchen voll entwickelt. Müssen allerdings in den Jugendjahren häufig grobe Arbeiten ausgeführt werden, so läßt sich die Fingerfertigkeit für feinere Arbeiten eventuell überhaupt nicht mehr erreichen bzw. geht sie, wenn in späteren Jahren eine Gewöhnung an schwere Arbeit eingetreten ist, vorzeitig wieder verloren. Der sogenannte „eine Griff“, den gerade Frauen so oft „nur“ zu erledigen haben, erscheint im einzelnen kurzen Arbeitsablauf gewöhnlich als „leicht“. Er soll allerdings immer wieder rasch und genau ausgeführt werden, d. h. bei oft erheblichen Anforderungen an Konzentration und Aufmerksamkeit in mehr oder weniger großer Einseitigkeit und in schnellem Tempo. Für schematisierte Tätigkeiten unter solchen Bedingungen wird bei Frauen jedoch eine besondere Disposition vorausgesetzt.

Ein Wandel der Bewertung von Frauenarbeit

Es wird, z. B. von dem Arbeitsmediziner Professor Graf, von einer — im Vergleich zu Männern — besseren Ausrüstung der Frauen „in der Grundeignung für automatisierbare Tätigkeiten“ gesprochen. Die Argumente für diese Ansicht sind aus sozialpsychologischen Beobachtungen gewonnen worden. Die seelische Eigenart der Geschlechter trete in ihren von Grund aus verschiedenen Interessensphären besonders hervor. Ihre Begabung, ihr Empfindungsvermögen erhalte die besondere Färbung von der unterschiedlichen Richtung ihrer Interessen. Dem stärker auf das Sachliche, auf den Kampf mit den Widerständen der Dingwelt, auf die Besiegung von Raum und Zeit gerichteten Interessen des Mannes stehe ein mehr auf die menschlich-persönliche Sphäre gerichtetes soziales Grundstreben der Frau gegenüber, aus dem sich eine stärkere soziale Anteilnahme und Anpassungswilligkeit ergebe. Die deutlichste Differenzierung erfahre die unterschiedliche Weltanschauung der Geschlechter in der Art, wie sie sich der Gestaltung ihrer Umwelt zuwenden, in ihrer Einstellung zur Arbeit. Während der Mann die vorgefundene Umwelt als Mittel für seine Zwecke ansehe, sich mit ihr auseinandersetze und sie auf ein vorgestelltes Ziel hin neu schaffen, bearbeiten wolle, sei diese Umwelt für die Frau eine Welt von Eigenwerten, die sie unter ihrer Obhut zu höheren Werten werden lassen möchte; ihre Haltung lasse sich als die eines „Sorgend-in-der-Welt-seins“ verstehen, ihre Anteilnahme sei vor allem auf die Pflege menschlicher Werte gerichtet. An der Formung dieses seelischen Habitus der Geschlechter hätten allerdings Anlage wie Erziehung oder Natur und zur „zweiten Natur“ gewordene Gewohnheit einen unlösbar miteinander verknüpften und nicht abzugrenzenden Anteil.

Doch sind die Attribute der besonderen Arbeitswilligkeit, Geduld, Sorgfalt und Pflichttreue, die heute immer wieder der Frau in ihrer Einstellung zur industriellen Arbeit zuerkannt werden, offenbar nicht immer in der gleichen Weise verbreitet gewesen bzw. als vorhanden angenommen worden. Denn in älteren Untersuchungen findet sich häufig die Meinung, daß der Verwendung von Arbeiterinnen in der Industrie unter anderem durch ihre geringe charakterliche Zuverlässigkeit und ihre geringen Qualitätsleistungen Grenzen gesetzt seien. Während Ende der zwanziger Jahre noch eine stehende Redeisart der Kenner der Frauenlohnarbeit lautete: „Frauen sind immer etwas leicht“, vollzog sich ein Wandel in der Beurteilung vor allem in den Zeiten des verstärkten Arbeiterinneneinsatzes während der beiden Weltkriege.

Insgesamt, das darf wohl angenommen werden, hat der Qualifikationsstatus der Industriearbeiterinnen in den vergangenen Jahrzehnten eine beträchtliche Anhebung erfahren. Wesentlichen Anteil daran hat die Tatsache gehabt, daß gewisse Charakterqualitäten immer mehr zu Vorbedingungen für die Ausführung der Arbeit geworden sind.

Durch analytische Arbeitsplatzbewertung Feststellung „typischer“ Frauenarbeit

Eine Bestätigung scheint diese Ansicht durch neueste Ergebnisse der analytischen Arbeitsplatzbewertung zu erfahren. Auf Grund dieser Bewertungen werden Arbeiten nach den zu ihrer Ausführung notwendigen unterschiedlichen Erfordernissen, nicht nach einer irgendwie festgestellten Leistungsfähigkeit des Ausführenden eingestuft. Vier Arten von Faktoren — geistige, körperliche und charakterliche Anforderungen sowie Umgebungseinflüsse — werden dabei in Rechnung gesetzt. In den bisher bekannt gewordenen Einzelfällen vollständig durchgeführter Arbeitsplatzbewertungen in Betrieben findet sich die sogenannte „typische Frauenarbeit“ eng nebeneinander und nahezu ausschließlich in einem Bereich unterhalb der Mitte auf der Skala zunehmender Arbeitsschwierigkeit einrangierte, in einem 8-Stufen-System etwa vorwiegend in den Gruppen 2, 3 und 4.

Die analytische Arbeitsplatzbewertung wird außerdem vielleicht einmal imstande sein, eine breitere Basis für die Vergleichbarkeit der Männer- und Frauenarbeit zu schaffen. Denn Möglichkeiten zu einer Gegenüberstellung beider bestehen kaum. Es gibt nur einen relativ schmalen Bereich, in dem Arbeiter und Arbeiterinnen in wirklich gleicher Art miteinander konkurrieren — in verschiedenen großen deutschen Betrieben mit zusammen 50 000 Beschäftigten werden z. B. nur 4 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen mit gleichen Arbeiten betraut. Der bereits zitierte amerikanische Soziologe meint, daß soziale Traditionen, deren Wurzeln tief in ihre Erziehung zurückreichen, den Männern ein Gefühl der Schuld geben, wenn sie Frauen mit der Aggressivität gegenüber treten sollen, die an sich im wirtschaftlichen Wettkampf üblich ist. Sie vermeiden das Aufeinandertreffen beider Geschlechter in einer gleichrangigen beruflichen Position. Außerdem kommen technische Erwägungen ins Spiel. In amtlichen englischen Untersuchungen wurde festgestellt, daß sich häufig die Natur der Arbeit geändert habe, wenn Arbeitsplätze, die bisher von einem Geschlecht besetzt gewesen seien, von Angehörigen des anderen Geschlechts eingenommen werden.

Beim Vergleich der bisher vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsplatzbewertung fällt sofort die viel weitere, wirklich die ganze Skala der Arbeitsschwierigkeiten umspannende Streuung der Qualitätsanforderungen an die Männerarbeit auf. Es scheint, als ob die untersten Stufen der „Hilfs“- und „Handlanger“-Arbeit relativ schwach mit weiblichen Arbeitskräften besetzt sind. Auch in den obersten Gruppen werden Frauen offenbar nur im Ausnahmefall oder gar nicht beschäftigt. Dafür können eine Reihe Gründe angeführt werden. Der Gedanke, daß die Berufstätigkeit nur eine vorübergehende sei und eine untergeordnete Rolle spiele, läßt Frauen häufig von vornherein eine anspruchsvollere Berufsausbildung ablehnen und später auf eine berufliche „Karriere“, auf die Anstrengungen wie auf den Erfolg beruflichen Aufstiegsstrebens verzichten. Zudem könnten bei der Besetzung qualifizierter Stellen Frauen in

verstärktem Maße mit dem Prestige von Männern konkurrieren. Vor allem aber wird auch die weibliche Arbeitsintelligenz und Arbeitsmoral für höhere Positionen als doch nicht ausreichend angesehen.

Was Frauen abzugehen scheint, läßt sich zusammenfassen unter den Stichworten „Berufliche Stetigkeit“ und „Technisches Verständnis“. Frau Professor Moers kommt zu der Feststellung, daß technische Hochbegabungen bei Frauen wahrscheinlich seltener seien und daß Frauen im Erfassen technisch-konstruktiver Zusammenhänge hinter Männern zurückstehen. Bestimmender für ihre Einstellung zur Technik als die Frage der Begabung sei jedoch der Mangel an Interesse, der in tieferen Zusammenhängen der weiblich-seelischen Struktur begründet liege. Daß diese Gleichgültigkeit überwunden werden kann, zeigen allerdings Ergebnisse des russischen Erziehungssystems. Auch von geflüchteten Arbeiterinnen aus Mitteldeutschland, die eine Metallfacharbeiterlehre abgeschlossen haben, wird berichtet, daß sie „hervorragende Qualitätsarbeit“ zu leisten vermögen und mit ihrem Beruf zufrieden sind. Die gleichen Erfahrungen in Westdeutschland in den seltenen Fällen, in denen Industriebetriebe Frauen etwa eine feinmechanische Ausbildung zukommen ließen, bestätigt das Bundesarbeitsblatt.

Unterschiedliches Verhalten von Mann und Frau im Berufsleben

In seiner „Soziologie der Arbeit“ führt der amerikanische Soziologe Caplow das unterschiedliche Verhalten von Männern und Frauen im Berufsleben im wesentlichen auf folgende Ursachen zurück:

1. Solange die bestehende Familienverfassung keine grundlegende Änderung erfährt, behält die Hausfrauenrolle den Vorrang und gilt als die eigentliche Rolle der Frau, obgleich sich das Bewußtsein, daß die Frau im Laufe ihres Lebens zwei Rollen erwarten, schon weitgehend als Selbstverständlichkeit durchgesetzt hat. Die Berufstätigkeit wird jedoch als auf bestimmte Lebensabschnitte beschränkte, als nur zeitweilige Beanspruchung angesehen.
2. Tatsächlich bleibt nur eine Minderheit von Frauen während des ganzen erwachsenen Lebens im Beruf; die anderen scheiden vorzeitig aus und bilden jene Reserve nicht mehr berufstätiger, aber im Bedarfsfalle zur Wiederaufnahme von Erwerbsarbeit bereiter Frauen, die auf die augenblicklich im Beruf stehenden den ständigen Druck einer latenten Konkurrenz ausüben. Sie verhindern, daß die weibliche Arbeitskraft in irgendeinem Beruf je vollständig mobilisiert wird und geben dem weiblichen Arbeitsangebot die große Elastizität.
3. Von der Konkurrenz der vorzeitig aus dem Beruf ausgeschiedenen Kolleginnen abgesehen, die ihnen schon eine schlechtere Ausgangsposition gibt, sind Frauen im Beruf aus verschiedenen Gründen im Vergleich zu Männern weniger wettbewerbsfähig. Eigens für sie vorgeschriebene Schutzmaßnahmen, die ihre körperliche Konstitution notwendig erscheinen ließ, setzen ihre Wettbewerbsfähigkeit herab. Die Doppelbeanspruchung durch Beruf und Haushalt kann zu einer Belastung werden, die ihre berufliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Ferner trägt die stärkere Bindung an das Heim ihrer Familie dazu bei, Frauen in den beruflichen Fortkommenschancen zu benachteiligen. Außerdem scheinen bestimmte, weithin anerkannte soziale Leistungsvorstellungen

eine relative Schlechterbezahlung der weiblichen Arbeitskraft zu sanktionieren, die ihrerseits nicht ohne Einfluß auf die Bewertung der weiblichen Arbeitsleistung bleibt; zu ihnen gehört die Vorstellung vom Mann als Ernährer der Familie und von der nur dem eigenen Unterhalt oder der Ergänzung des Familieneinkommens, wenn nicht gar allein der Erfüllung von „Luxus“-Wünschen dienenden, daher als zweitrangig anzusehenden Erwerbstätigkeit der Frau. Zum anderen gehört dazu die Ansicht, daß Frauen ihren Lebensunterhalt aus einem geringeren Einkommen bestreiten können, wobei ohne weiteres unterstellt wird, daß sie in stärkerem Maße bereit sind, außerhalb der beruflichen Arbeitszeit noch im Haus für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu arbeiten.

4. Wenn das Verhalten von Frauen bzw. die bei ihnen angenommene Reaktion auf die Gegebenheiten des Berufslebens aber teilweise als so schlecht angepaßt erscheint, so liegt das daran, daß Frauen durch ihre Erziehung nicht auf die berufliche Wettbewerbssituation vorbereitet werden. Caplow führt dazu aus, daß Männer für den fortlaufenden Prozeß der Bewertung beruflicher Leistungen, in dem Produktivität und Übereinstimmung der Leistungen in Rechnung gestellt werden, durch die Erfahrungen ihrer späten Kindheit und ihrer Jünglingsjahre geschult seien. Die frühen Erfahrungen der Frauen seien dagegen bestimmt, sie für die Familienrolle und die kritische Zeit des Umworbenseins zu erziehen.

Motive der Frauenarbeit in der Industrie

Selbstverständlich wirkt sich die von Grund aus verschiedene Einordnung der Berufstätigkeit der Frau gegenüber der des Mannes in der Gesellschaft auch auf die Einstellung der Frauen zur Arbeit in der Industrie und auf ihre Stellung in der industriellen Arbeitswelt aus. Der Frauenarbeit in der Industrie haftet seit jeher in besonderem Maße die Vorstellung der vorübergehenden, der nur zeitweiligen Tätigkeit an. Das Verhältnis zwischen dieser Vorstellung und der Wirklichkeit hat sich jedoch im Laufe der Zeit offensichtlich erheblich verändert. Zunächst erschien mindestens die „feinere Fabrikarbeit“ den Frauen einer untersten sozialen Schicht, die tatsächlich kaum damit rechnen durften, die außerhäusliche Erwerbstätigkeit je aufzugeben, und die die Hoffnung darauf — nach dem Vorbild wohlhabenderer Schichten — mehr oder weniger als Wunschtraum bewahrten, aufs Ganze gesehen relativ begehrenswert. Nur mußten sie sie oft gegen eine unangenehmere austauschen, weil grobe häusliche Arbeit ihre Hände „zu schwer“ werden ließ. Objektive materielle Not und subjektive Unbehilflichkeit, eigene wie die der Familie, bilden auch heute noch ein wesentliches Motiv für die Arbeitssuche von Frauen in der Industrie; doch haben die Arbeiterinnen die Aussicht, die „typische Frauenarbeit“ länger beibehalten bzw. auch später noch aufnehmen zu können. Außerdem aber scheinen gerade die inzwischen erreichte Höhe des Familieneinkommens und der steigende Verdienst in der Industrie einer Reihe von Arbeiterfamilien weitere Berufspläne für die Töchter als überflüssig und die industrielle Arbeit als ausreichende Erwerbsmöglichkeit während einer tatsächlichen Übergangszeit vorkommen zu lassen, die nach der wahrscheinlich früh erfolgenden Heirat nahezu beliebig abgebrochen werden kann. Schwierig gestaltet sich freilich immer noch die Lage alternder Arbeiterinnen, da sowohl die manuelle Geschicklichkeit als auch die Anpassungsfähigkeit an Arbeiten

mit fester Taktbindung, die beide für viele „typische Frauenarbeiten“ unentbehrlich sind, häufig schon von der Mitte der Dreißigerjahre an nachzulassen beginnen.

Weil die industrielle Arbeit in der Regel keine eigene Berufsvorbildung erfordert, übt sie in wirtschaftlichen Krisenzeiten, wie auch in Zeiten der Hochkonjunktur, besondere Anziehungskraft auf die zusätzlich eine Erwerbstätigkeit anstrebenden Frauen aus. Die Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiterinnen blieben bis zur Jahrhundertwende unter anderem zweifellos deshalb so weit hinter denen der Arbeiter zurück (von den Löhnen ganz zu schweigen, die im Durchschnitt kaum die Hälfte der Männerlöhne oder nur wenig mehr erreicht haben dürften), weil die arbeitenden Frauen ständig die Unterbietung durch viele noch Arbeit suchende zu fürchten hatten. Einem Überangebot an männlichen und weiblichen Arbeitskräften, das durch die Umwandlung der Wirtschaftsstruktur mit der aufkommenden Industrialisierung freigesetzt worden war, stand eine relativ starre Nachfrage gegenüber, die dieses Angebot keineswegs so schnell aufzunehmen vermochte. Weil aber infolgedessen das gesamte Lohnniveau niedrig war und die Familieneinkommen klein blieben, strömten ständig Frauen, die bislang nur im Haus tätig gewesen waren, noch zusätzlich auf den überfüllten Arbeitsmarkt. Sie machten in erster Linie den ohnehin schon zu zahlreichen weiblichen Arbeitskräften Konkurrenz.

Industrielle Arbeit belastet die Frau stärker als den Mann

Nach dem Krieg und der Währungsreform trieben zunächst wieder die wirtschaftliche Not und der aufgestaute Nachholbedarf fortlaufend Gruppen aus der Arbeitskraftreserve auf den Arbeitsmarkt. Die Industrie erwies sich für dieses Angebot als sehr aufnahmefähig. Die ganzen Jahre über bis jetzt sind Neueinstellungen von Arbeiterinnen in prozentual höherem Maße erfolgt als Neueinstellungen von Arbeitern. Der Zustrom an Arbeitsuchenden aus einem sich immer wieder auffüllenden Reservoir von Arbeitskräften blieb trotzdem bis 1952 noch größer. Erst seitdem ist die Zahl der arbeitslosen Frauen prozentual zur Zahl der beschäftigten und ebenso absolut zurückgegangen. Aber das Kräftepotential hat sich bisher nicht erschöpft; auch von der augenblicklichen — günstigen — Arbeitssituation geht ein nicht geringer Anreiz aus. Gleichwohl läßt die außerordentliche Elastizität des Angebots gerade für diese Arbeit, der Umstand, daß eine Arbeitskraft relativ leicht durch eine andere aus einer immer noch vorhandenen Reserve ersetzbar erscheint, selbst bei guter Arbeitsmarktlage die Arbeitsplatzsicherheit der Beschäftigten als so verletzlich erscheinen, daß die Lohngestaltung immer davon beeinflußt wird. Zwar ist der Anteil jugendlicher Arbeitskräfte bei den Arbeiterinnen größer; außerdem soll die Beschäftigung von Frauen höhere Produktionskosten verursachen infolge ihres Anspruchs auf besonderen Arbeitsschutz, ihrer höheren Versäumnisraten und ihres häufigeren Arbeitsplatzwechsels. Doch auch bei Berücksichtigung dieser Faktoren bleibt ein Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen bestehen, der größer ist als in den meisten anderen Berufsgruppen. Die Spanne zwischen den Lohnsätzen der vergleichbaren Gruppen von Hilfskräften bzw. angelernten Arbeitern und Arbeiterinnen wird im groben Durchschnitt noch auf 10 bis 25 Prozent geschätzt.

Die Einführung besonderer Arbeitsschutzmaßnahmen für Frauen ist gerade im Bereich der Industrie zuerst als notwendig erkannt worden. Bestimmte, ihrer Konstitution unangemessene Arbeitsbedingungen, die nach der größeren Körperkraft und teilweise größeren körperlichen Widerstandsfähigkeit von Männern festgesetzt worden waren oder diese noch überschritten, sollten ihnen fernerhin nicht zugemutet werden. Die deutschen gesetzlichen Regelungen dieser Art gehen in ihren Anfängen bis 1878 zurück und sind seitdem ständig ausgebaut worden. Im Laufe der industriellen Entwicklung hat sich allerdings „der Schwerpunkt der Beanspruchung mehr und mehr von der körperlichen Seite auf eine solche feinmotorischer und geistig-nervöser Belastung verschoben“, wie der Arbeitsmediziner Professor Graf feststellt. Das trifft gerade für die sogenannte „typische Frauenarbeit“ zu. Eine wesentliche Ursache für die besondere Gefährdung der arbeitenden Frauen heute liegt daher in ihrer Unbeholfenheit gegenüber den modernen Organisationsformen, in denen die industrielle Arbeit abläuft, in ihrem Unvermögen, die sozialen Spielregeln anzuwenden, deren Beherrschung für eine zweckgerechte Einpassung in diese Organisationsformen unerlässlich erscheint. Wegen ihrer „Unfähigkeit“, etwa einen erforderlichen Leistungsaufwand über längere Zeit abzuschätzen und ihrer daraus resultierenden Neigung zur Selbstüberforderung“ ist schon von offizieller Seite der Vorschlag gemacht worden, der Akkordarbeit für Frauen bestimmte Grenzen zu ziehen. Erschöpfungszustände infolge Antriebsermüdung stellen gegenwärtig einen Hauptanlaß der Besorgnis um den Gesundheitszustand der Industriearbeiterinnen dar. Insgesamt lassen der gegenüber früher zwar angeglichenere, aber immer noch höhere Krankenstand, die erheblich größere Quote vorzeitiger Renteninanspruchnahme wegen Arbeitsunfähigkeit und die erhöhte Sterblichkeitsziffer vor allem der jüngeren und mittleren Jahrgänge, die wie die Krankheitsziffer über der der Männer und der weiblichen Gesamtbevölkerung liegt, keinen Zweifel daran, daß die weibliche Arbeitskraft durch die industrielle Berufstätigkeit mehr gefährdet wird als die männliche — sei es infolge der Unzuträglichkeit der Arbeitsverhältnisse, sei es auf Grund der Doppelbeanspruchung durch Beruf und Haushalt. Der Anteil an Frauen, die noch den Haushalt einer Familie zu führen haben, ist unter den Industriearbeiterinnen sehr wahrscheinlich größer als unter den außerhäuslich erwerbstätigen Frauen aller anderen Berufsgruppen.

Abschließend läßt sich feststellen, daß jene so wesentlich aus der sonstigen Stellung der Frau in unserer Gesellschaft resultierenden Schwierigkeiten, denen berufstätige Frauen sich mehr oder weniger allgemein gegenüber sehen, in der industriellen Fertigung, d. h. aber heute auf einem der wichtigsten Arbeitsfelder der Frau besonders ins Gewicht fallen bzw. unvollkommen bewältigt erscheinen. Zwei Gruppen von Faktoren tragen daran vor allem Schuld. Die eine tritt in der Erziehung zutage, in der die Bewußtmachung der durch die rationelle Organisation geradezu charakterisierten Arbeitssituation und die Vorbereitung auf eine entsprechende Rationalisierung des eigenen Verhaltens weitgehend außer acht gelassen worden ist. Die andere wird in der gesellschaftlichen Geringschätzung deutlich, die sich wahrscheinlich zum guten Teil aus dem Fehlen einer Verbindung der „industriellen Frauenarbeit“ mit Standestradiationen herschreibt, die aber bis heute nicht nur eine abschätzige Beurteilung des Berufsprestiges der Arbeiterinnen, sondern oft genug auch ihrer fraulichen Persönlichkeit nach sich zieht.

Vom Bundesbaugesetz zur Grundsteuerreform

Von MARTIN PFANNSCHMIDT

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat bereits im Jahre 1952 die Bundesstellen darauf hingewiesen, daß „unter den zahlreichen Schwierigkeiten, die die Herstellung von Wohnräumen hemmen, die Beschaffung von Bauland eine besondere Rolle spielt. Durch Preissteigerungen von Grund und Boden wird der Wohnungsbau so verteuert, daß für viele die Hoffnung, zu einem Heim zu kommen, vollends dahinschwindet. Der vorhandene und praktisch kaum vermehrbare Boden ist ein Gut, das in besonderer Weise der Gemeinschaft zu dienen hat. Darum muß daran gedacht werden, daß der Preis des Baulandes sozial erträglich bleibt. Der Rat sieht deshalb eine vordringliche Aufgabe der Gesetzgebung darin, mit durchgreifenden Maßnahmen ungerechtfertigtem Bodengewinn zu wehren. Wenn ungerechtfertigte Gewinne aus Bauland entstehen, sollten sie zur entsprechenden Entschädigung für im Werte gemindertes Land und zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues verwendet werden. Damit wäre auch die Möglichkeit geschaffen, nach dem Wunsche der Wohnbedürftigen Wohnungen als Siedlerstellen, Heimstätten und Eigentum zu erstellen.“

Als später die Aufhebung des Preisstopps für unbebaute Grundstücke erwogen wurde, wies Bischof Dibelius erneut auf die Gefahr der Preistreiberei mit Grundstücken hin. Er bat wiederum, die vordringliche Aufgabe der Gesetzgebung, ungerechtfertigtem Bodenpreis zu wehren, nachdrücklich in Angriff zu nehmen.

Als der Rat der EKD im zeitlichen Zusammenhang mit der Rentenreform im Jahre 1956 sich zur sozialen Frage äußerte und dabei auf die heute noch bedeutsamen Fragen der Eigentumsbildung einging,

nahm er die Bodenpreisfrage von neuem auf: „Die Bildung personalbezogenen Eigentums bedarf besonderer Förderung und Überwachung auf dem Gebiete der Bodenpreise. Wir wiederholen unsere Mahnung an alle Beteiligten, der Gefahr des Bodenpreiswuchers nachdrücklich entgegenzutreten.“

In den schwierigen und langwierigen Verhandlungen über das geplante Bundesbaugesetz, die gerade jetzt in das abschließende Stadium eintreten, hat sich Wohnungsbauminister Lücke nachdrücklich dieser Fragen angenommen, die die katholischen Christen ebenso beschäftigen wie die evangelischen.

Ein Bündel von Maßnahmen, das künftig den Bodenwucher verhindern soll, ist für dieses Gesetz vorbereitet. Dennoch ist die Diskussion über diese Maßnahmen, insbesondere ihre Endgültigkeit, gerade in den besonders interessierten christlichen Kreisen noch nicht zum Abschluß gekommen. Die geplante Grundsteuer C berührt sich mit der Frage einer möglichen Reform des Bewertungsgesetzes und einer generellen Grundsteuerreform, die wiederum in maßgeblichen Kreisen — jedenfalls für die nächste Sessionsperiode erwogen werden.

Eine partielle Reform dieser Gesetze auch für den Bauboden erschiene äußerst gefährlich. Wir bringen daher, ohne uns in Einzelheiten mit ihm identifizieren zu können, nachstehend einen Beitrag von Dr. Dr. Martin Pfannschmidt in der Hoffnung, mit ihm in später Stunde eine Diskussion zu eröffnen, die für die Bemühungen aller im sozialen Interesse an der Bodenpreisfrage Interessierten, auch für die des Herrn Wohnungsbauministers, förderlich sein möchte.

Die Schriftleitung

Umwege der bisherigen Gesetzgebung

Während des überstürzten Wiederaufbaus Westdeutschlands stand der Gesetzgeber seit 1949 vor dem Dilemma, den schwer beweglichen und seit langem rückständigen Mechanismus der

Boden-, Bau- und Finanzgesetzgebung dem schnellen Anstieg der Produktivität, des Volksvermögens und des Steuervolumens anzupassen, der durch den Übergang zur sozialen Markt-

wirtschaft ausgelöst wurde. Dieses Dilemma wurde dadurch verschärft, daß die Boden- und Wohnungswirtschaft als Hauptobjekte dieser Gesetzgebung der Zwangswirtschaft unterworfen blieben. Wohnungswirtschaft und Wohnungsbau wurden damit zum planwirtschaftlichen Klumpfuß der sozialen Marktwirtschaft, deren große Erfolge auf den übrigen Märkten durch die Preisverzerrungen der Boden-, Bau- und Wohnungsmärkte beeinträchtigt und gefährdet wurden.

Schon das BAULANDBESCHAFFUNGSGESETZ vom 3. 8. 1953 hatte versagt, weil es keine Bestimmungen über die Bewertung zu enteignender Grundstücke enthielt. Beratungen des Entwurfs zu einem BUNDESBAUGESETZ, das für die einmalige Investitionsepoche von 1950 bis 1960 dringend benötigt wurde, verzögerten sich um volle zehn Jahre, weil dieser Entwurf „unverdiente Wertsteigerungen“ neu erschlossener Baugrundstücke durch eine gemeindliche „Wertsteigerungsabgabe“ abschöpfen wollte, ohne die Fragen einer marktgerechten Bodenbewertung und Bodenwertbesteuerung zu lösen, die die Hauptaufgaben einer zeitgemäßen staatlichen Grundsteuerreform bilden. Auch dieser Versuch mußte mißlingen, da die Wertsteigerungsabgabe von den Gemeinden unabhängig von der Einheitsbewertung bemessen und von den Anliegern ohne Verrechnung mit ihren Anliegerbeiträgen erhoben werden sollte. Von diesen Fehlern abgesehen mußte die Wertsteigerungsabgabe auch steuerrechtlich als eine neue Gemeindesteuer neben der Grundsteuer abgelehnt werden.

Es war daher ein Fortschritt, daß der Wissenschaftliche Beirat für Fragen der Bodenbewertung des Bundesministers für Wohnungsbau sich in seinem Gutachten „Zur Ordnung des Baulandmarktes“ (1958) stillschweigend von der Wertzuwachsabgabe des Bundesgesetzentwurfs löste. Um die immer drückender empfundenen Sperren städtischen Baubodens zu brechen, wurde statt dessen eine „GRUNDSTEUER C“ vorgeschlagen, die in zeitlicher Progression von normalen

Steuermeßzahlen von 0,5 vom Tausend bis auf 20 bis 30 vom Tausend ansteigen sollte.

Mit diesem Vorschlag wurde die Bewertung und Besteuerung des Bodens richtig aus dem Bundesbaugesetz herausgenommen und dem zuständigen Bundesministerium der Finanzen überwiesen. Doch muß auch die empfohlene Grundsteuer C gegenüber der wachsenden Baulandverknappung unwirksam bleiben, solange sie nicht in eine marktgerechte Reform des gesamten Systems der verbundenen, fiktiven Einheitsbewertung und Besteuerung von Boden und Bau eingefügt wird. Aus dem Preußen des Jahres 1861 stammend und in marktfremden Fiktionen der Bewertung 1895 und 1935 kaum verbessert, entspricht dieses System schon längst nicht mehr den Ansprüchen, die die raumzeitliche Beschleunigung der Siedlungsentwicklung im Zeitalter der Elektrizität, des Verbrennungsmotors und der Atomkraft an eine investitionsgerechte Realbesteuerung stellt. Es zeugt von einer geringen Kenntnis der investitionspolitischen Funktionen der Bewertung und der Realbesteuerung in der sozialen Marktwirtschaft, wenn das ÄNDERUNGSGESETZ ZUM BEWERTUNGSGESETZ . . ., dessen erste, dem zweiten Bundestag vorgelegte Novelle Boden und Bau richtig getrennt nach Marktwerten bewertete, dem dritten Bundestag in einer zweiten Novelle erneut mit verbundener Einheitsbewertung vorgelegt wurde, um dann infolge Terminnot auch von dessen Dringlichkeitsliste abgesetzt zu werden.

Wirtschaftswissenschaftlich ist unwiderlegbar, daß die Bodenrente von der Allgemeinheit erzeugt wird, da der reine Bodenwert jedes einzelnen Grundstücks nicht durch Aufwendungen seines Eigentümers, sondern durch öffentliche und private Investitionen auf allen übrigen Grundstücken geschaffen wird. In einem gerechten Steuersystem wird der reine Bodenwert aller Grundstücke daher mit höheren Steuermeßziffern oder Hebesätzen besteuert als die Erträge von Zins und Lohn, die durch private Arbeit und Sparung geschaffen werden.

Werden — wie nunmehr geplant — nur die unbebauten Grundstücke der Stadterweiterungsgebiete mit einer „Grundsteuer C“ belegt, so werden ihre Eigentümer gegenüber den Eigentümern land- und stadtwirtschaftlich genutzter Grundstücke diskriminiert, die in nahezu steuerfreiem Genuß ihrer durch Investitionen und Steuermittel der Gesamtheit steigenden Bodenrenten bleiben. Diese übrigen, in ihrem reinen Bodenwert zu gering besteuerten Grundstücke ziehen wie ein Magnet Anlage- und Spekulationskapital an, das hier weit höhere Erträge erwartet als in produktiven Investitionen. Die offenkundige Tatsache, daß diese Kapitalbewegungen bei steigendem Wohlstand zu den heutigen Bodensperren geführt haben, kann nicht der Spekulation privater Kapitaleigentümer, sondern nur einer rückständigen Steuer- und Finanzgesetzgebung zur Last gelegt werden. Im Falle ihres weiteren Versagens bleiben außerhalb des Bereiches der Grundsteuer C die Bodenmärkte monopolistisch begünstigt und ihr Boden-

preisniveau undurchsichtig. Bei spekulativer Überhöhung ihrer Preise bleiben den Gemeinden unter der erstarrten Grundsteuer C die Mittel versagt, die sie für eine gesunde, aufgelockerte Baulanderschließung benötigen. Ihre Steuerzahler werden dafür mit unproduktiven Aufwendungen für Grunderwerb im Straßenbau und Wohnungsbau belastet. Baukosten und Mieten werden außerdem durch die Besteuerung der Gebäudewerte verteuert, der Eigenheimbau und die von der Bundesregierung angestrebte Vermehrung des Kleineigentums an Boden und Bau gedrosselt. Die mit bemerkenswertem Mut zur Unpopularität begonnene Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft wird dadurch gefährdet, daß sich in den Ballungsgebieten nach Aufhebung der Stoppmieten zwangsläufig neue Monopolmärkte mit überhöhten Mieten bilden, deren Preisniveau durch einen neuen kostspieligen Apparat von Mietpreisämtern allenfalls legalisiert, nicht aber marktwirtschaftlich gesenkt werden kann.

Vorschlag einer investitionsgerechten Grundsteuerreform

Eine investitionsgerechte Grundsteuerreform geht dagegen von der Tatsache aus, daß in der sozialen Marktwirtschaft offene, monopolfreie Märkte den Verbraucher am billigsten mit allen Konsum- und Investitionsgütern versorgen. Innerhalb der gemeindlichen Steuer- und Finanzreform fällt der Grundsteuerreform mithin die Aufgabe zu, die vier Monopolmärkte des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes (der Inhaber des Bodenmonopols), der Gemeinden (als Träger des Baulanderschließungs-Monopols, das sich in Ermangelung von Erschließungsmitteln zurzeit in überhöhten Aufstockungen „vertikaler Stadterweiterungen“ auswirkt) und der Mieter (die durch niedrige Stoppmieten in Altwohnungen zur Zeit gegenüber Mietern in teureren Neubauwohnungen monopolistisch bevorzugt werden) in offene Märkte der

sozialen Marktwirtschaft zu überführen.

Wird nach fortschrittlichen Steuerverfahren der angelsächsischen Länder die verbundene Grundsteuer durch eine BODENWERTSTEUER MIT INVESTITIONSBEFREIUNG ersetzt, so lösen sich diese vier Monopole folgendermaßen auf:

Sämtliche land- und stadtwirtschaftlichen Bodenmärkte (und nicht nur einzelne unbebaute Baugrundstücke der Grundsteuer C) werden durch diese Steuer geöffnet, die ungenutzte und extensiv genutzte Grundstücke höher belastet als verbundene Grundsteuern und damit Bodensperren auch für kapitalstarke Eigentümer unwirtschaftlich macht.

Die Gemeinden erhalten aus steigenden Erträgen der Bodenwertsteuer die Mittel, um aufgelockerte Stadtrandsiedlungen zu erschließen und

überhöhte Wohndichten der Stadtkerne durch Umsiedlung in erstere zu verringern. Miteinander verflochtene Probleme der Verkehrsnot, der gefährdeten Volksgesundheit und Eigentumsbildung, die isoliert unlösbar bleiben, werden dadurch gelöst, daß die Gemeinden ihr Erschließungsmonopol und Grundsteuermonopol nicht zur Verstärkung, sondern zur Brechung privater Bodensperren benutzen.

Das Monopol von Mietern in Altwohnungen entfällt, da nach Angleichung von deren Stoppmieten an niedrigere Kostenmieten offener Boden- und Kapitalmärkte keine Mietergruppe mehr bevorzugt wird. Werden für alle Wohnbauten einheitliche Abschreibungsnormen zugrunde gelegt, so fallen jetzt künftig Eigentümern voll oder fast ganz abgeschriebener Wohnungen unverdiente Differentialgewinne gegenüber Eigentümern von Neuwohnungen mit hohen Kapitallasten zu, die durch eine GEBÄUDE-AUSGLEICHSTEUER ausgeglichen werden können. Aus ihren Erträgen können ohne Belastung der übrigen Steuerzahler bedürftige Rentner und Pensionäre Mietzuschüsse erhalten.

Die zur Zeit hohen Kosten der fiktiven Einheitsbewertung werden dadurch gesenkt, daß sich der Schwerpunkt der Bewertung auf die Bodenwerte verlagert. Gebäude werden nach einheitlichen objektiven Normen bewertet und sind bis zu ihrer Abschreibung steuerfrei. Die Bauherren werden unter diesem System nicht durch wachsende Steuerlasten für private Sparrung und Investition bestraft, sondern durch gleich hoch bleibende Bodenwertsteuern zu Investitionen angereizt. Überhöhten Investitionen wird durch baupolizeiliche Normen vorgebeugt.

Die Kosten der Erneuerung von Innenstädten, die zur Zeit auf 5000 bis 6000 DM je Wohnung geschätzt werden, werden durch die Abschreibungspflicht auf null gesenkt, da die reinen Abbruchkosten durch Bo-

denwertsteigerungen der Umlegungsgebiete übertroffen werden. Die Grundeigentümer stimmen den Stadterneuerungen, Stadtrandwanderungen und landwirtschaftlichen Umlegungen um so williger zu, je sicherer ihnen eine marktgerechte Bewertung von Boden und Bau die räumliche Übertragung privater Eigentumswerte ohne Verluste garantiert.

Unter dem umfangreichen ausländischen Schrifttum, das diese Wirkungen der Bodenwertsteuer mit Investitionsbefreiung durch jahrzehntelange Erfahrungssreihen in weiten Teilen der angelsächsischen Welt unter Beweis stellt, verdient an erster Stelle ein repräsentatives Gutachten eines Internationalen Ausschusses von Realsteuersachverständigen der USA, Canadas und Großbritanniens Beachtung¹⁾. Der deutsche Leser kann sich in ihm davon überzeugen, daß die Mehrzahl der städtischen Grundeigentümer, insbesondere die Eigentümer von Familienwohnungen auf billigeren Böden am Stadtrand, unter der reinen Bodenwertsteuer weniger Steuern zahlen als unter der verbundenen Grundsteuer. Aber höher belastet bleiben unbebaute Grundstücke im ganzen Stadtbereich und Geschäftsgrundstücke mit höchsten Bodenwerten im Stadtkern.

Unter der verbundenen Grundsteuer werden die Städte krebsartig durch einen überhöhten Anteil unbebauter Grundstücke aufgeschwemmt, die auf Kosten der übrigen Steuerzahler erschlossen werden und bei Verkauf nach langer Sperrzeit den Eigentümern hohe unverdiente Gewinne abwerfen. Unter der Bodenwertsteuer werden ihre Eigentümer zur Investition oder zum Verkauf angehalten. Die Verbreiterung des Kleineigentums an Boden und Bau, die Altstadtanierung und die Auflockerung städtischer Ballungen werden durch diese investitions-gerechte Grundsteuerreform an der Wurzel gelöst.

¹⁾ H. Bronson Cowan: Municipal Improvement and Finance. Harper Brothers, New York 1958, sowie seine auszugsweise Übertragung durch den Verf.: „Gemeindliche Investitions- und Finanzpolitik“, übersetzt im Auftrage des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, Paderborn 1959. Zu beziehen durch d. Verf. oder durch d. Verband.

Politische Hemmungen

Fällt es relativ leicht, diese Kernpunkte der Grundsteuerreform darzulegen, so beantwortet sich die Frage weit schwerer, warum diese Zusammenhänge bisher so wenig erkannt und anerkannt worden sind, daß aus ihnen in den europäischen Ländern außerhalb Dänemarks noch keine gesetzlichen Folgerungen gezogen worden sind.

Sachlich ist zunächst daran zu erinnern, daß die Störungen der Investitionswirtschaft durch zwei verlorene Kriege, Inflation und Deflation und durch eine vierzigjährige Zwangswirtschaft in Deutschland die marktwirtschaftlichen Grundlagen der Investitionswirtschaft bis zur Unkenntlichkeit verwischt haben. Es bedarf einer eindringlichen Beschäftigung mit den Erfahrungen des außerhalb ihres kontinentalen Störungsbereichs liegenden Auslandes, um diese marktwirtschaftlichen Grundlagen zurückzugewinnen. Politisch hängt hiermit wiederum zusammen, daß die Leitbilder der deutschen Bodenreform nicht marktwirtschaftlich fundiert waren wie in den angelsächsischen Ländern, sondern noch heute vergangene Klassenkämpfe widerspiegeln. Ihre alten Leitbilder bewahren auch unter veränderten Verhältnissen ein zähes Eigenleben und wirken als Trauma im Unterbewußtsein solange weiter, bis sie durch neue Leitbilder der sozialen Marktwirtschaft überwunden werden. Solange das nicht geschehen ist, wehrt sich der deutsche Haus- und Grundbesitz gegen jede Erhöhung der verbundenen Grundsteuer, da er von ihr mit Recht eine weitere Zunahme des gesamten Steuervolumens befürchtet, eben des Steuervolumens, das durch die deflationistischen Wirkungen der Bodenwertsteuer mit Investitionsbefreiung gerade gesenkt wird. Fordern die kommunalen Spitzenverbände eine vierzigprozentige Erhöhung der erstarrten Grundsteuer²⁾,

so protestieren die Haus- und Grundbesitzer auch bei Angleichung der Stoppmieten an die Kostenmieten gegen jede weitere Anhebung der erstarrten Grundsteuer³⁾ und klammern hierbei die schon jetzt sichtbaren Wirkungen von Boden- und Wohnungsmonopolen in den Ballungsgebieten aus.

Die Mieterverbände lehnen unter Hinweis auf unverdiente Gewinne, die Eigentümer entschuldeter Altwohnungen aus einer Angleichung des Mietpreisniveaus an die Mieten von Neuwohnungen ziehen, die gesamte Reprivatisierung der Wohnungswirtschaft ab. Der Bundesminister für Wohnungsbau will die Bildung überhöhter Monopolmieten in den Ballungsgebieten durch einen Ausbau von Mietpreisprüfungsämtern verhindern. Von ihren neuen Verwaltungskosten abgesehen, wären diese Mietpreisprüfungsämter jedoch im Zweifel nur in der Lage, verkehrswirtschaftlich begründete Monopolpreise in den Ballungsgebieten zu legalisieren, die nach marktwirtschaftlichen Gesetzen nur durch eine Entmachtung der Monopole selbst, hier also durch die dargelegten Wirkungen der Bodenwertsteuer mit Investitionsbefreiung, gesenkt werden können.

In Ermangelung klarer finanzwissenschaftlicher Fundierungen der Wirkungen der verschiedenen Arten der Realbesteuerung entbrennt so bei der — durch steigenden Volkswohlstand erzwungenen — Reprivatisierung der Wohnungswirtschaft ein Bürgerkrieg aller gegen alle, der zu einer Zeit, in der politische Einheit mehr nützt denn je, nur bedauert werden kann.

Wenn es bisher den Finanzwissenschaften nicht gelang, diese Zusammenhänge aufzuklären, so liegt das an der besonderen Schwierigkeit, daß ihre wissenschaftliche Durchdringung eine Zusammenfassung von Erkenntnissen

²⁾ Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände: Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Finanzen. Köln 1958.

³⁾ Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer e. V.: Gemeindefinanzen und Grundsteuer. Stellungnahme zu den Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände 1958.

auf den Gebieten der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Landesplanung, der Kommunalpolitik und der Wirtschafts- und Finanzwissenschaften voraussetzt. Ihre Zusammenfassung wird durch wachsende Ansprüche an spezialisierte Fachkenntnisse dieser Gebiete aber immer schwerer und seltener, soweit sie nicht, wie in Großbritannien z. B. durch das Town Planning Institute, beruflich organisiert wird. In dem bekannten Gutachten des preußischen Staatssekretärs und Finanzministers Johannes Popitz: „Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ (Berlin 1932) gelang es unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise einer Elite unabhängiger Fachleute, dieses Dilemma zu überwinden. Die großen Fortschritte, die die Raumforschung und Landesplanung inzwischen gemacht haben, können heute eine erfolgreiche Arbeit ähnlicher Ausschüsse erleichtern, wenn ihre Bildung nicht durch Gruppeninteressen erschwert wird, die auf dem Boden heutiger Prosperität lebenswichtige Gesamtbelange zu überschatten drohen.

Diese Gefahr ist um so bedenklicher, als die europäischen Länder vor einer langfristigen Angleichung ihrer Steuersysteme stehen. Wie im Konvoi das langsamste Schiff die Fahrgeschwindigkeit bestimmt, können hier

gerade rückschrittliche Steuersysteme von allen Ländern übernommen und international verbreitet werden. Das gilt sowohl für die staatliche Umsatzsteuer, deren konzentrierende Wirkungen auf den Betriebsverbund und deren ballende Wirkungen auf die Industriesiedlung bekannt sind und nur durch ihren quantitativen Abbau zu Lasten höherer Einkommens- und Körperschaftssteuern, nicht durch qualitative Verbesserungen eingeschränkt werden können. Das gilt ebenso für die gemeindlichen Gewerbesteuern, deren ballende Wirkungen und ungleiche Doppelbelastungen nur durch Reduzierung ihres Volumens zu Lasten höherer Bodenerwerbssteuern gesenkt werden können.

Es ist daher als ein Fortschritt zu begrüßen, daß auf der zehnten Jahrestagung des Bundes der Steuerzahler der Bundestagsabgeordnete Dr. Neuburger zu einer grundlegenden Reform unseres Steuer- und Finanzsystems aufruft und in ihren Mittelpunkt Reformen der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer stellt⁴⁾. Von den widerspruchsvollen Forderungen der oben erwähnten Monopolgruppen bis zu gesamtwirtschaftlich überzeugenden und investitionsgerechten Reformen der wesentlichsten Steuer- und Finanzkreisläufe ist freilich noch ein weiter Weg.

Gesellschaftliche Ziele investitionsgerechter Steuer- und Finanzreform

Suchen wir nach dem logischen Ort der Grundsteuerreform in der Allgemeinen Steuer- und Finanzreform, so bedarf es zunächst der Erkenntnis, daß der Volkswohlstand von Jahr zu Jahr nur um seinen Zuwachs an lebenden Arbeitskräften und an produktivem Investitionskapital wächst. Klammern wir hier die — gleichfalls vom Steuer- und Finanzsystem und vom Wohnungswesen beeinflusste — Bevölkerungszunahme aus, so bleibt

die Vermehrung des produktiven Investitionskapitals die vordringlichste Aufgabe einer dynamischen Volkswirtschaftspolitik. Sollten die jungen Entwicklungsländer diese Bedeutung der Investitionspolitik klarer begriffen haben als die alten Industrieländer? Offene Bodenmärkte, die in dieser dynamischen Volkswirtschaftspolitik zugleich die beste Versorgung mit Konsum- und Investitionsgütern und die Wettbewerbsfähigkeit mit anderen

⁴⁾ Vgl. Helmut Borgböhmer: Mut zur Finanzreform. WELT 4. 11. 1959, sowie DER STEUERZAHLER Nr. 11/1959, S. 184.

Volkswirtschaften garantieren, setzen in jungen und alten Industrieländern die Bodenwertsteuer voraus, durch die ortsgebundene Monopolgewinne der einzelnen Betriebe und Haushaltungen laufend abgeschöpft werden. Mit dem primären Bodenmonopol werden hierdurch zugleich sekundäre Kapitalmonopole leichter entmachtet.

Durch diese Öffnung der Märkte wird zugleich der doktrinär marxistischen Auffassung der Boden entzogen, welche die sozialen Schäden der Startperiode der industriellen Revolution durch eine Übertragung aller Monopole auf den Staat zu überwinden suchte und damit den „rauen Kapitalismus“ dieser Periode durch eine noch schlimmere staatliche Monopoltyrannei übertrumpfte. Beginnt der deutsche Sozialismus diese Irrwege auch zu erkennen, so glaubt er, und mit ihm ein Teil des Mittelstandes, doch immer noch, mit weiteren allgemeinen Subventionen der Landwirtschaft, des Kleingewerbes, der Wohnungswirtschaft und des Wohnungsbaus besser zu fahren als mit einem investitionsberechtigten Steuer- und Finanzsystem. Er übersieht dabei, daß der größte Teil dieser Subventionen infolge eherner Gesetze der Steuerüberwälzung von den breiten subventionierten Massen selbst getragen und um die Kosten des Subventionierungsapparates verteuert wird.

Dadurch, daß die hohen Subventionen des sozialen Wohnungsbaues auf der Debetseite des Staatshaushalts stehen, ist ferner die Erkenntnis verdunkelt worden, daß die Wohnung als Keimstätte der Familie, als Pflanzstätte der Kinder und als Grundlage der Gemeinschaftsbildung von gleicher produktiver Bedeutung ist wie die Arbeitsstätten der Betriebe, in denen sich die Arbeitskräfte der Familien zu produktiver Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung verbinden. Die Wohn- und Arbeitsstätten ihrerseits werden erst in gesunden städtebaulichen Zellen der Stadt- und Landgemeinden zu vollwertigen Wirtschafts- und Sozialgütern.

Sind die gegenwärtig auf breiter Grundlage diskutierten Bemühungen um eine Anteilnahme der Ar-

beiter am Betriebsgewinn geeignet, die Eigentumsbildung der Arbeitnehmer zu fördern und ein soziales Gleichgewicht zwischen Betriebseigentümern und Belegschaftsmitgliedern herzustellen, so trägt die Bodenwertsteuer mit Investitionsbefreiung dazu bei, daß künftig jeder strebsame Arbeiter mit Hilfe eines geringen Sparkapitals zu einem Wohneigentum, und jeder strebsame Gewerbetreibende zu einem Betriebseigentum auf eigenem Boden gelangen kann.

Die deutsche Raum- und Sozialstruktur wird erst dann gefestigt, wenn die eigentumslosen Mieterschichten, die ihr Leben lang mehr an Mieten für eine Geschoßwohnung zahlen, als sie unter einem sozialeren Steuer- und Versicherungssystem zur Verzinsung und Tilgung eines gleichwertigen Eigenheims aufzubringen brauchten, zu Haus- und Wohnungseigentümern werden. Von ihrem wirtschaftlichen Eigentumsrückhalt hängt in der zukünftigen Industriegesellschaft das soziale Gleichgewicht zwischen Betrieben und Familien ab, die als Miethausbewohner ohne Eigentumsrückhalt von der überlegenen Macht der Betriebe abhängig bleiben. Die notwendige Freizügigkeit der Arbeitnehmer wird durch ihr Wohneigentum nicht gefährdet, wenn Baugenossenschaften, Wirtschaftsgruppen und Gewerkschaften den Ortswechsel durch Tauschringe erleichtern.

Wird das soziale Gleichgewicht zwischen Familien und Betrieben durch die Bodenwertsteuer gefestigt, so trägt ein auf gerechteren Steuerkraftziffern der Bodenwertsteuer und der Gewerbesteuer aufgebauter Finanzausgleich zu einem gesünderen Gleichgewicht industriereicher und industriearmer Gemeinden und Länder bei. Die Öffnung der Inlandsmärkte durch die Bodenwertsteuer findet ihre außenpolitische Ergänzung durch die Verbreitung des Freihandels, die den Wohlstand aller Länder durch Öffnung ihrer Inlandsmärkte, durch billigste Versorgung mit Massengütern und durch freie Bewegung des Investitionskapitals hebt und Ursachen von Kriegen an der Wurzel beseitigt.

Politik für morgen - mit Methoden von gestern ?

Der Nachbarschaftsgedanke gewinnt an Raum

Von WOLFGANG LOHMÜLLER

Die parlamentarische Demokratie gibt offensichtlich vielen Staatsbürgern, die mitverantworten wollen, nur ungenügenden Raum für die Praktizierung dieses Vorhabens. Es wird nach neuen Wegen zur Ergänzung des derzeitigen parlamentarischen Systems gesucht. Das geschieht auch in der Artur-Mahraun-Gesellschaft, über deren Zielsetzung der folgende Beitrag Aufschluß gibt.

Symptome

Im bayerischen Spielbankenprozeß wird ein Mann, der zehn Jahre lang Vorsitzender einer Partei war, der als Mitglied des Landtages in der Legislative und als der stellvertretende Ministerpräsident in der Spitze der Exekutive gewirkt hat, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Mit ihm zusammen gerät ein großer Teil der Prominenz dieser Partei in das Zwielflicht außerordentlich dunkler Machenschaften. — In zahlreichen Prozessen erfahren wir immer wieder von Bestechungsmanövern, deren sich seriös sein wollende Persönlichkeiten der Wirtschaft bedienen und denen hohe und höchste Staatsdiener unterliegen.

Im Leben der Verbände, die für die allgemeine Öffentlichkeit oftmals eine etwas hintergründige Rolle spielen, tragen sich Ereignisse zu, wie z. B. die Absetzung des 1. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gegen Behördenwillkür wegen des Verdachts der Unterschlagung von weit über 100 000 DM, oder wie die häßlichen Auseinandersetzungen im VdA, dem Verband für das Deutschtum im Ausland, die schließlich zu gerichtlichen Schritten führten, bis sich eine ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung über die neue Besetzung der Verbandsspitzen endlich schlüssig werden konnte.

Fehlleistungen der repräsentativen Demokratie

Schon vor 200 Jahren erkannte Montesquieu den Grundsatz der Gewaltenteilung als den entscheidenden Hebel zur Beseitigung autoritärer Willkür und zur Sicherstellung einer rechtsstaatlichen Ordnung. Die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Rechtsprechung erfordert, daß jede dieser drei Säulen des Staatswesens unabhängig von den beiden anderen funktionieren muß, und daß niemand zugleich in mehreren dieser Gewalten Einfluß haben darf.

Das ist ein weises Prinzip. Es ist wohl nie in voller Konsequenz durchgeführt worden und durchführbar. Aber es ist ein Leitbild, nach dem sich Staatsrecht und Politik ausrichten, und das Streben nach diesem Leitbild hat weitgehend die Entwicklung vom autoritären Obrigkeitsstaat zur Demokratie heutiger Prägung mitbestimmt. Wo aber bleibt die Gewaltenteilung bei uns? Sie ist nicht nur an vielen Stellen durchlöchert, sie ist selbst im Grundgesetz nur unvollkommen zum

Ausdruck gebracht. Es scheint uns nicht in Ordnung zu sein, daß die vom Grundgesetz vorgeschriebene Ordnung des Parteiwesens von den Parteien selbst über die von ihnen ausschließlich beschickten Parlamente geregelt werden soll. Nicht viel anders ist es mit allen bisherigen und allen künftigen Wahlgesetzen.

Diese beiden Beispiele zeigen, daß es ganz bestimmte Dinge gibt, man könnte sie die ordnungspolitischen nennen, die ebensowenig in die Zuständigkeit der normalen Legislative fallen sollten, wie etwa der Arbeitnehmer eines Betriebes seinen eigenen Arbeitsvertrag einschließlich der Be-

züge, die ein anderer bezahlt, nicht nach eigenem Ermessen regeln kann. Wohin man schaut, ob auf die Regierungsämter oder in die Parlamentsbänke, ob in die Parteien, denen das Grundgesetz erstmals ausdrücklich ein Mitwirkungsrecht an der Meinungs- und Willensbildung des Volkes ausdrücklich bescheinigte, oder in die Verbände, die, mit tatsächlich oft größerer Macht versehen als die Parteien, völlig ungeregt im Ablauf unseres öffentlichen Lebens wirken: überall sehen wir, daß in durchaus legitimer Weise dieselben Menschen in mehreren Teilgewalten des Staates ihren Einfluß geltend machen können.

Warum sind wir politisch so rückständig?

Unsere Zeit bringt auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft Höchstleistungen hervor. Der Mensch gewinnt immer neue und immer höhere Erkenntnisse, er beginnt gar, sich über seinen Planeten hinaus zu erheben und in den Weltenraum einzudringen. Zu dieser gleichen Zeit beruht die Ordnung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens noch auf Verfassungsnormen, die bestenfalls die Menschheitsentwicklung bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts berücksichtigen. Die gleichen Menschen, die auf den genannten Gebieten Höchst-

leistungen hervorbringen, allerdings jeder nur auf ganz schmalen und von Generation zu Generation schmaler werdenden Spezialgebieten, vernachlässigen offensichtlich alles, was die Ordnung ihres Zusammenlebens angeht. Dabei ist eine einfache Überlegung ausreichend, um jedem klarzumachen, daß es ohne funktionierende Ordnung in unserer so vielgestaltigen Welt nicht geht, daß jeder einzelne von einer solchen Ordnung profitiert, und daß er unter einer schlecht funktionierenden Ordnung leidet.

Der Vernunft eine Chance!

Die Interessen und die Parteiungen haben sich organisiert und haben genügend Gelegenheit gehabt, die Menschen zu erfassen, die dafür überhaupt ansprechbar sind. Es ist alles in allem nur ein sehr kleiner Teil der Staatsbürgerschaft. Man mag das, soviel man will, beklagen, man kommt aber nicht um die Überlegung herum, daß es neuer Methoden bedarf, um die Menschen zur Mitarbeit zu bewegen.

Den achtbaren Leuten, die sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl bewußt von den öffentlichen Angelegenheiten fernhalten, weil sie Politik für ein schmutziges Geschäft halten, muß eine

Plattform geschaffen werden, die sie ohne besondere Studien als klar und sauber überschauen können.

Auf eine Formel gebracht: es gilt, das beängstigend Unübersichtliche übersichtlich zu machen, die Anonymität der politischen Machtbildung ins Tageslicht zu rücken und dafür zu sorgen, daß der Verfassungsgrundsatz in die Wirklichkeit umgesetzt wird: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Von diesen Überlegungen aus sollten alle, denen die freiheitliche Lebensordnung des Westens etwas bedeutet, die Vorschläge einer Nachbarschaftsordnung durchdenken und in ihre Überlegun-

gen zur Verbesserung unserer gesellschaftspolitischen Situation einzubeziehen, die von Artur Mahraun und dem

Schweizer Professor Adolf Gasser in eindrucksvoller Klarheit dargelegt worden sind.

Eine neue Vorstellung gesellschaftspolitischer Mitwirkung

Es gibt nicht nur Interessen, die einander ausschließen oder einander bekämpfen, und es gibt nicht nur Dinge im öffentlichen Leben, die, wenn sie im Sinne des einen entschieden werden, den anderen benachteiligen, sondern es gibt eine ganze Reihe durchaus gemeinsamer Anliegen der Staatsbürgerschaft. Das zentrale Anliegen der Staatsbürgerschaft besteht darin, den Prozeß der Meinungs- und Willensbildung transparent zu machen, also ihn so klar und überschaubar ablaufen zu lassen, daß jeder Staatsbürger an seiner Stelle nicht nur das Gefühl, sondern die Gewißheit hat, am Gemeinsamen mitzuwirken. Er muß wissen und kontrollieren können, daß seine Stimme, seine Anstrengung und sein Wirken mit gleichem Start und gleicher Chance wie die Stimme und Anstrengung jedes anderen Staatsbürgers in das öffentliche Ganze hineinfließt und dort weiterwirkt.

Die Realisierung erfordert ein grundsätzliches Umdenken. Wir müssen uns freimachen von der Vorstellung des Pluralismus und uns hinwenden zu der natürlichen Zelle jedes Gemeinwesens, der kleinen und für den einzelnen überschaubaren Gemeinde. Machen wir die Gemeinde zu dem ge-

gebenen Wirkungsfeld des Staatsbürgers!

Nun sind freilich die Gemeinden, abgesehen von den Dörfern, auch ihrerseits zu groß, um überschaubar zu sein, und das trifft besonders für die Städte und am krassesten für die Großstädte zu. Hier muß das Prinzip der Unterteilung Platz greifen, der Teilung in jeweils so viele benachbarte Wohnstätten, daß jede dieser Nachbarschaften nicht mehr als 500 Wahlberechtigte umfaßt. Die völlige Freiwilligkeit sowohl des Mittuns als auch des Sich-Fernhaltens muß gewährleistet sein. Jeder im Bereich einer Nachbarschaft wohnende Staatsbürger, der das aktive Wahlrecht nach den geltenden Gesetzen besitzt, muß jederzeit berechtigt und aufgefordert bleiben, an der Nachbarschaftsarbeit teilzunehmen, ohne daß es irgendeiner Instanz gestattet sein dürfte, ihn, aus welchen Gründen auch immer, auszuschließen oder daran zu hindern oder auch ihn zu nötigen, wenn er den Wunsch hat, sich fernzuhalten oder nur gelegentlich teilzunehmen. Jede solche Nachbarschaft sollte ein autonomes Gebilde sein, das keinen Weisungen hinsichtlich der Gestaltung seines Eigenlebens unterliegt.

Was können wir tun?

Wesentlich und bei allen bisherigen Überlegungen meist unterschätzt ist die Bildung solcher Nachbarschaften und die Entwicklung eines gewissen Eigenlebens innerhalb der Nachbarschaft. Die neue Organisationsform der Staatsbürgerschaft ist nicht nur eine schematische Einteilung, eine Zergliederung der Masse in kleine Bestandteile, sondern die grundsätzliche Abkehr von Demagogie und undurchsichtiger Beeinflussung. Sie ändert die Verhaltensweise des einzelnen, weil sie ihn aus der Resignation erlöst, in

die ihn das Gefühl des Ausgeschlossen-seins von der tragenden Funktion des Gemeinwesens gestürzt hat. Der einzelne verhält sich anders, wenn er im Kreise von Menschen, mit denen er eng zusammenwohnt, die er kennt oder doch kennenlernen kann, und die ihn kennen oder kennen könnten, als er sich in einer anonymen Masse verhalten würde. Hier wird jede Stimme nur das Gewicht haben, das ihr von der Persönlichkeit her zukommt. Hier ist alles, was gesagt wird, nachprüfbar, und hier besteht die Gefahr nicht, daß

Menschen, die man für ordentlich und anständig gehalten hat, das ihnen geschenkte Vertrauen schmäählich mißbrauchen. Wer das Vertrauen seiner Nachbarschaft gewinnt und als Vertreter seiner Nachbarschaft im nächst höheren Gremium der Gemeinde auftritt, wird sich immer wieder den gleichen Menschen gegenüber zu bewähren und gerade ihnen Rechenschaft abzulegen haben. Seine Vertretungsmacht endet, wo das Vertrauen der Nachbarn sich von ihm abkehrt und sich gleichzeitig einem anderen zuwendet.

Inzwischen hat eine Handvoll Menschen es hier und da im Lande unternommen, den dieser Nachbarschaftsordnung zugrunde liegenden neuen Gedanken praktisch zu erproben. Sie kapitulierten nicht vor dem Massenzeitalter, in dem wir uns angeblich

befinden, sondern stellten fest, daß Masse niemals da ist, wo Menschen in einem noch überschaubaren Kreise miteinander sprechen. Es wurden Nachbarschaften gebildet, in denen die Bürger ganz einfach von ihrem grundgesetzlich garantierten Recht der freien Meinungsbildung und Äußerung Gebrauch machen. Diese Nachbarschaften sind freilich erst sehr unvollkommene Modelle dessen, was diese Einrichtung im Rahmen einer allgemeinen Nachbarschaftsordnung sein könnte. Es fehlen Zuständigkeiten und Aufgaben. Es fehlt vor allem die Wirkung nach oben, die nur das Zusammenspiel aller Nachbarschaften hervorbringen kann. Es darf deshalb nicht erwartet werden, daß der Bürger sich überall seine Nachbarschaften selbst schafft. Da dies aber geschieht, ist bewiesen, daß die Idee realisierbar ist.

Der Bürgers zweite Kammer

Nun aber gilt es zu erkennen, welche Möglichkeiten in einer allgemein verwirklichten Nachbarschaftsordnung für unser gesamtes Staatswesen liegen. Keiner Partei und keinem Verband wird mit einer solchen Einrichtung Abbruch getan, vielmehr fände jeder an allen Orten ein Forum verantwortungsbewußter Staatsbürger für alles, was er heute nur mit sehr viel Mühe und Geld, mit einem Apparat und mit sehr unterschiedlichem Erfolg den Menschen nahezubringen sucht. Die Nachbarschaft ist die natürliche Organisation des Staatsbürgers für das Gemeinsame. Die aus den Nachbarschaften herauswachsenden, vom Vertrauen der sich untereinander kennenden Menschen getragenen Persönlichkeiten wären auf allen Stufen unseres Gemeinwesens (Gemeinden, Länder und Bund) die berufenen Abgeordneten einer zweiten Kammer neben den die normalen legislativen Befugnisse behaltenden Parlamenten.

Die gewählten Nachbarschaftsvorsteher oder -sprecher einer Gemeinde würden für die Gemeinde neben dem Gemeinde- oder Stadtrat diese zweite Kammer bilden, die Vorsitzenden dieser auf Gemeindeebene gebildeten

Kammern würden die zweiten Kammern der Kreise oder Bezirke, deren Vorsitzende die der Länder bilden, deren Vorsitzende schließlich den Bundesrat.

Die Nachbarschaftsordnung ist heute noch eine Idee, die sich uns anbietet und die für die mitgestaltende Arbeit sowohl der Politiker als auch der Staatsrechtler noch absolut offen ist. Das neue Ordnungsprinzip, das durch den Nachbarschaftsgedanken in die Öffentlichkeit eingeführt wird, schließt es für die Träger und Verfechter der Nachbarschaftsordnung aus, selbst zur Partei zu werden. Alle Befürchtungen, die sich seitens der Regierungen und der Politiker an die Verwirklichung des Nachbarschaftsgedankens knüpfen, sind illusorisch, soweit man ein gutes Gewissen hat. Das aber, was unter den Symptomen eingangs dargelegt wurde, würde in einem so gegliederten Staatsvolk weitgehend unmöglich sein. Das Volk hätte eine ständige Kontrollinstanz auf allen Stufen des öffentlichen Lebens. Allerdings müßte die Nachbarschaftsordnung in der Verfassung mit bestimmten, noch festzulegenden Befugnissen institutionell verankert werden.

Mut zum Alltag

Evangelische Sozialbildungsarbeit mit dem Ziel verantwortlicher Mitarbeit

Von WERNER STEINJAN

Die Erfahrungen der Mitarbeiter in der evangelischen Sozialarbeit machen deutlich, daß die immer erneut zu fordernde verantwortliche Mitarbeit des einzelnen in der Familie, in seinem Beruf wie in der Gesellschaft nicht allein durch sozialpädagogische Bemühungen zu erzielen ist, sondern des praktischen Modells bedürfen. Der Autor des folgenden Artikels — lange Jahre hindurch aktiver Mitarbeiter in der evangelischen Sozialbildungsarbeit — bemüht sich hier um eine Bilanz der Versuche und Anstrengungen, die unternommen worden sind. Ihm kommt es darauf an, von der theoretischen Erörterung grundsätzlicher Probleme zur Gestaltung der täglichen Wirklichkeit vorzustoßen. — Wir regen an, daß seine Darlegungen dazu benutzt werden, in späteren Heften unserer Zeitschrift über die verschiedensten praktischen Aktivitäten, z. B. der Männerarbeit, der Frauenarbeit usw. zu berichten.

Der Arbeitsstil der „interessanten Fülle“ ist problematisch

Mit der anlaufenden Winterarbeit begann für viele Mitarbeiter der evangelischen Sozialarbeit wieder die Zeit einer geheimen Sorge: Wird die nächste Tagung, die geplante Vortragsreihe, der Männerabend, die Mitarbeiterschulung genügend besucht werden? Ist das Thema interessant genug, die Zeit, die Art der Einladung psychologisch richtig gewählt? H. Schomerus warf im Juliheft 1958 dieser Zeitschrift einigen Evangelischen Akademien vor, sie machten „Startagungen“, um sich aus einer Krise der Beteiligung herauszuhelfen. Gewiß, es ist gar nicht zu bestreiten: die Namen der Zeitgrößen füllen auch in der Kirche die Säle und Anmeldelisten. In den Arbeitsgruppenleitungen des Kirchentages wünscht man sich einen „zugkräftigen Bibelarbeiter“ vor dem etwas trockenen Sachthema: man hofft, daß nachher doch vielleicht einige hundert bisher Unentschlossene in der Halle sitzen bleiben werden.

So greifen wir hinein in die Fülle der Themen und Probleme, in das Verzeichnis der Starreferenten, und Gott gebe, daß er es nicht merkt — der große Mann —, daß wir ihn gleich an

den Anfang des Programms setzen (damit die Anreise besser klappt!), und nochmal in die Aussprache am dritten Tag aufnehmen (oder auch einen anderen glanzvollen Namen), damit die Teilnehmer bis zum Schluß ausharren. Der Herr Minister ist angekündigt, und der sonst halbleere Raum im Gemeindehaus ist überfüllt. Nun kommt er wahrhaftig — abgejagt —, es ist sein 5. oder 15. oder wievielter Termin an diesem Tage — wo ist doch das Manuskript, das der Persönliche Referent vorbereitet hat? — und redet. Er spricht trotzdem gut, weil er etwas kann und mit Liebe bei der Sache ist; nur einige im Saal fragen sich, ob dieser Verschleiß leitender Leute eigentlich verantwortet werden kann. Aber der sonst etwas mühsam in den unteren Bereichen verlaufenden Kurve der Teilnehmer wird zu einer einsamen Höhe verholten.

Gewiß ist das nicht alles. Es tut Ministern wie Wirtschafts- und Kirchenführern sehr gut, in einer Tagung unmanipuliert mit Herrn Müller und Frau Lehmann bei Tisch zu sitzen, von der ja auch geleisteten ernstesten Sacharbeit ganz zu schweigen. Aber die

Frage bleibt: lohnt dieser Stil der interessanten Fülle, dieses „Anschnelden“ von tausend Problemen? Irgend jemand kriegt ja stets unweigerlich die Brotrinden vorgesetzt: die Gemeindearbeit, der kleine Männerkreis, die „stillen Akademien“ und nicht zuletzt die Leute, die an ihrem Schreibtisch sitzen und sich mit den Fragen herumschlagen, die die Welt der Kirche aufgibt. Sie alle sind sehr fleißig und oft sehr traurig, daß sie anscheinend so wenig Echo finden. Es kommen immer wieder dieselben kleinen Grüppchen

zusammen, und die Auflagen der Publikationen bleiben niedriger, als es selbst für ernsthafte Dinge erwartet werden muß. Natürlich kann man nicht mit einer Eisrevue oder gar mit der Bild-Zeitung konkurrieren. Aber der häufig gehörte Trost, daß man es eben mit einer Elite zu tun habe und man ihr nur Mut machen könne zur kleinen Zahl, ist etwas mager. Den wenigen Leuten im grauen Gemeindesaal oder im halbgefüllten Vortragsraum ist eher bange. Und den tüchtigen Organisatoren sollte es auch sein!

Die Interessenvielfalt darf nicht entmutigen

Friedrich Karrenberg zitiert in seinem Artikel „Zur Kritik an den Evangelischen Akademien (ZEE 6/59 S. 380/381) Karl Barth (Kirchl. Dogmatik III, 4, S. 60): „Konferenzen, Tagungen, Freizeiten, Arbeitswochen und so weiter sind an sich gut, ganze Akademien mögen es auch sein — aber doch nur dann, wenn die, die da zusammenlaufen, von etwas sehr Bestimmtem schon herkommen und zu etwas Bestimmten an solche Orte eilen. Zum Vorhandensein dieses bestimmten Etwas bedarf es aber der Ruhe, sonst wird es an den Tagungen nicht Tag, kommt es in den Freizeiten zu keiner Freizeit und in den Arbeitswochen zu keiner Arbeit, sonst ist der Zusammenlauf eine Flucht aus der Leere in die Leere, die besser unterbleiben würde.“ Damit ist zweierlei gesagt:

1. daß eine ernsthafte Besinnung im Leben der Gruppen wie des einzelnen aus der bloßen Betriebsamkeit nicht zu erwarten ist;
2. daß es um etwas Bestimmtes gehen muß, wenn sich Menschen engagieren sollen. Die soziologische Feststellung, daß in unserer komplizierten Welt alles alle angeht, führt zu einem tragikomischen Ergebnis, wenn man allen alles vorsetzt und somit die Analyse zugleich als Rezept verwendet.

Wenn man das erste Ergebnis als gesicherte Erfahrung einer jahrhundertalten Geistesgeschichte ansehen kann,

so ist beim zweiten zu fragen, was das für uns heute praktisch bedeutet. Das Motto: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen“, scheint seine Zugkraft keineswegs verloren zu haben. Nicht nur die Auflageziffern der vielberufenen Bild-Zeitung belegen das. Wir probieren es mit der Vielfalt unserer Halbjahrespläne und Vortragsveranstaltungen und suchen immer wieder nach neuen Gebieten, die vielleicht noch nicht so abgegrast sind. Vielleicht gelingt es doch, die Uninteressierten aufzuwecken und zu ernster und vor allem dauernder Mitarbeit zu gewinnen.

Tatsächlich ist die Interessenvielfalt verblüffend, wie Wolfgang Schulenberg kürzlich auf einer Veranstaltung der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen des Rheinlandes in Duisburg berichtete. Nach einer durchaus seriösen Repräsentativbefragung müßten in Wien 50 000 Menschen an einem Vortrag über Sartres interessiert gewesen sein. Gehört haben diesen Vortrag vielleicht weniger als 1 Prozent dieser Zahl. So geht es mit den meisten Themen und mit den sozialen und politischen eher noch schlimmer. Was muß also geschehen, damit ein Mensch nicht nur Interesse äußert, sondern sich getroffen fühlt? Was geht die Menschen wirklich an, was trifft sie heute existentiell?

Tatsächlich führt die Fülle der Fragen und Probleme eher zum „Entmutigungserlebnis“. Es gibt so viel, was

man „eigentlich auch mal tun“ müßte, daß man schließlich gar nichts mehr tut und sich in die Zuschauerhaltung des Getanwerdens flüchtet. Die Chance, eine Sache wirklich zu beherrschen, wird bei zunehmender Kompliziertheit aller Erscheinungen geringer. Die vielen angefaßten und

wieder liegen gelassenen Probleme säumen die Straße zur Resignation. Nichts liegt dann näher, als Erleben da zu suchen, wo man es so gut wie risikolos und zugleich perfektioniert für geringe Mühe erreichen kann: in der Welt der Illusion, im Kino etwa und vor dem Fernsehschirm.

Kirchliche Bildungsarbeit an den vitalen Interessen ausrichten

Nun besteht zweifelsohne ein Stück Arbeit darin, Illusionen als solche zu kennzeichnen und damit zu zerstören, aber doch gewiß ebenso gut darin, den Desillusionierten zu helfen, ein Stück verwirklichtes Leben zu gewinnen. Wann und wo leisten wir das? Zunächst beweist eine kleine Teilnehmerzahl immer, daß es nicht gelungen ist, die wirklich vitalen Interessen eines ausreichend großen Kreises zu treffen (wenn wir vom mehr Technischen der Auswahl des geeigneten Zeitpunktes absehen). Da die Lern- und damit Bildungsfähigkeit des Menschen mit zunehmendem Alter gegen alle landläufige Meinung zunächst nur wenig abnimmt, kann die mangelnde Beteiligung nicht einfach damit zusammenhängen, daß wir es in unserer Bildungsarbeit mit Älteren, oft längst der Schule Entwachsenen zu tun haben. Im Gegenteil, der Ältere ist dem Jüngeren sogar in allen jenen Fragen überlegen, die ihn interessieren und die er bewußt aufnehmen will. Er kann sich besser konzentrieren und dann auch die Müdigkeit nach einem langen Arbeitstag überwinden, die Barriere des „Keine-Zeit-Haben“, die

gar nicht „chronologisch zu begreifen ist“ (ebenfalls Wolfgang Schulenberg). Die Erwerbsarbeit, die lärmende Umwelt, überhaupt alles, was wir unter dem Begriff „Reizüberflutung“ verstehen, nehmen Schwung und Kraft in Anspruch. Den Rest setzt man nur noch ein, wenn es sich lohnt, wenn etwas für das eigene Leben herauskommt. Dann hat man Zeit, Kraft und Geld übrig und für alles andere kann und darf man sie gar nicht mehr erübrigen.

Wer also wirklich helfen will und nicht nur Programme abwickeln möchte, der wird stets nach den wirklich vitalen Interessen fragen müssen. Das heißt aber bei der Mehrzahl der Menschen, einen Ausgleich für den unerfüllten und grauen Alltag zu finden. Die auf den Menschen einströmenden alltäglichen Ereignisse sind bunt genug, aber sie sind so verwirrend, daß sie sich wie die Spektralfarben einer kreisenden Farbenscheibe schließlich grau und eindrucklos darstellen. Es geht heute nicht mehr wie vor 200 Jahren um das Spektrum, sondern darum, erst einmal wieder eine Farbe sichtbar zu machen.

*Konkrete Antworten auf konkrete Fragen **

Ebenso verfehlt sind daher offensichtlich auch alle „umfassenden Themen“. Sie interessieren den Referenten und einige Spezialisten. Wer aber nach einem solchen Vortrag festzustellen sucht, was davon bei den Zuhörern (und selbst bei schreibgewandten Journalisten) haften bleibt, wird oft über die Leere und nicht selten gar die

Unsinnigkeiten erschrecken, obwohl er vielleicht die Zuhörer während des Vortrags sogar fesselte. Da die meisten Menschen aber nur aufzunehmen vermögen, was sie schon annähernd begriffen haben, ist die Wahrscheinlichkeit, von vielen verstanden zu werden, gerade bei den „umfassenden Themen“ gering, aber die Chance,

mißverstanden zu werden, sehr groß. Die Aufgabe, einen Zusammenhang sichtbar zu machen, erweist sich nun bei den komplizierten und immer sofort weitere Fragen auslösenden sozial-ethischen Fragen als besonders schwierig. Hier reichen eben selbst längere Kurse häufig nur dazu aus, erkennen zu lassen, was alles der Hörer nicht weiß. Die Empfehlung, noch schnell acht Semester Sozialpolitik zu studieren, ist aber im Anschluß daran nur wenigen zu geben. Die meisten müssen also, wenn es sich nicht etwa in einem Vortrag darum handelt, Antwort auf eine konkrete Frage zu geben, unbefriedigt nach Hause gehen. Das Gefühl, etwas Vorgeführtes in aller Zukunft auf keinen Fall selbst ausführen zu können, läßt man sich höchstens im Varieté Geld kosten.

Es geht also immer und in jedem Fall im Bereich der Bildungsarbeit um die Frage: was ist konkret von den Teil-

nehmern vollziehbar? Nicht aber um die Frage: was ist allgemein interessant, was steht gerade an, was können die erreichbaren Referenten liefern? Natürlich findet man für jedes Thema immer noch Teilnehmer, wenn man nur reichlich Streueinladungen ausschickt! Kann es sich aber auf die Dauer überhaupt als sinnvoll erweisen, nach Art der Konzert- und Vortragsdirektionen mit Streueinladungen zu arbeiten, und das heißt, sich kurzatmig in einem ständigen Wettlauf um „das interessante Thema“ zu befinden? Wer es zuerst entdeckt, schöpft — falls er den Apparat dazu hat — den Rahm ab. Einige andere kommen hinterher, während der erfolg- und einfallsreiche Organisator schon wieder der nächsten Aktualität nachjagt. Das ist die Tagungsarbeit, von der Karl Barth zu Recht sagt, daß es bei ihr nie Tag wird, obwohl ununterbrochen „getagt“ wird.

Ein neuer Arbeitsstil: Konkretisierung des Alltäglichen

Inzwischen hat sich in allen Bereichen der kirchlichen Sozialbildungsarbeit ein neuer Stil angekündigt. Ob er sich „Arbeitskreis“ oder etwa anspruchsvoll „Seminar“ nennt, es geht eigentlich immer um das Gleiche: ein Thema, einen Zusammenhang festzuhalten und nicht sofort sich wieder verflüchtigen zu lassen: Die Kurse der Gemeinsamen Sozialarbeit der Konfessionen mit Mitarbeitern des Steinkohlenbergbaus vor allem im Rheinland und Westfalen können hierfür als typisches Beispiel dienen. Sie beginnen im Allgemeinen der Grund- und Fortführungskurse, obwohl sie auch hier schon mit der Zuspitzung hauptsächlich auf die Probleme des Grubenbetriebes ungleich genauer und konkreter sind als das meiste in der kirchlichen Sozialarbeit. Sie haben inzwischen mit den Spezialfragen der Sachtagungen (Betriebsführer, Reviersteiger, Zusammenarbeit im Streben) einen Grad der Konkretisierung erreicht, der die Mitarbeit der Teilnehmer nicht nur zuläßt, sondern erzwingt, weil Tagungsleitung und Referenten

gar nicht mehr über ausreichende Sachkenntnis verfügen können, um dem Auditorium etwas vorzumachen. Hieran zeigt sich nebenbei, wie töricht der oft wiederholte Vorwurf ist, daß es sich bei dieser Arbeit um „bloße Routinetagungen“ handele, weil nämlich immer wieder Bergleute — bei den Sachtagungen auch noch häufig die gleichen Teilnehmer — angesprochen werden. Nur Genies vermögen gänzlich ohne Routine, d. h. eine gewisse handwerksmäßige Gewandtheit, etwas Konkretes zustande zu bringen. Gerade in der Kontinuität der Arbeit liegt ja die Chance für den Teilnehmer, am Zustandekommen des Ergebnisses (etwa des „Soforthilfeprogramms für Reviersteiger“) mitbeteiligt zu sein.

Dabei stellt sich dann etwas sehr Bedeutsames heraus: plötzlich entpuppen sich „die Uninteressierten“, „die Gleichgültigen“ als sehr interessiert, einfallsreich und mitarbeitensfreudig. Die Menschen sind bei ihrem Interesse und vor allem bei einem vitalen Interesse angepackt worden. Ihr Alltag geht

sie sehr wohl an, nicht nur ihr Feierabend, aber eben ihr konkreter Alltag — nicht das bundesrepublikanische „Berufsleben“ oder „die Eigentumsbildung“, „die Mitbestimmung“, „die westliche Freiheit“. Wenn man Kindergartenmütter zu einem Singabend allgemein einlädt, dann kommen nur jene Getreuen, die sowieso bei allen Gemeindeabenden dabei sind. Wenn man aber einlädt mit der Ankündigung, die Lieder zu lernen, die die Kinder auch lernen, dann ist das konkrete Interesse geweckt und es kommen auch die keineswegs „Gemeindefreudigen“.

Nun stellt das Verlangen, so konkret zu sein, natürlich die Organisatoren und Referenten vor sehr schwierige Probleme. Eine Studium-Generale-Vortragsfolge zu organisieren ist leicht, wenn man nur seine Referentenkartei im Kopf oder im Schrank in Ordnung hat und über die nötigen Finanzen verfügt. Für die Referenten ist es auch einfacher, mit allgemeinen Themen durch die Lande zu reisen. Man braucht oft nur den Titel und die ersten drei Sätze zu ändern. Konkrete,

den Teilnehmern auf den Leib geschnittene Themen erfordern eigene und ständige Teilnahme. Und wer kann das schon? Bricht nicht an dieser Forderung unsere bisherige Bildungsarbeit zusammen, die doch weithin nach diesem sehr allgemeinen Prinzip gegliedert und aufgebaut ist? Hinter ihr steht das humanistische Bildungsideal der Universitas, der Vorstellung, daß der gebildete Mensch die wesentlichen Strömungen und Fakten seiner Zeit überschaut und begreift. Was nun, wenn sich aber das Ergebnis als Halb- oder Viertelbildung darstellt und die Universitas zur einsamen und seltenen Leistung wird? Sind wir dann nicht verpflichtet, nach neuen Wegen zu suchen, nach Methoden, die den Fähigkeiten der Schüler und nicht zuerst den Möglichkeiten (und dem Repertoire) der Lehrer angepaßt sind? Wenn es sich erwiesen hat, daß auch politisch nichts so verderblich wie Halbbildung ist (unter Halbgebildeten rekrutierte Hitler seine „bedingungslosesten“ Gefolgsleute), sollten wir dann nicht unsere Kräfte der Vertiefung statt der Ausweitung widmen?

Beispielhafte und überschaubare Themen wählen

Nun haben wir sofort und berechtigt zu fragen, ob wir hier nicht — nur mit einer neuen Begründung — lediglich dem allgemeinen Zug zum Spezialistentum verfallen? Was anders heißt es denn, ein schmales Wissensgebiet zu vertiefen und so zwangsläufig auf die große Übersicht zu verzichten? Damit begegnen wir freilich einem ganz allgemeinen Dilemma des Menschen unserer Zeit. Es ist ja inzwischen banal, auf die ständig wachsende Kompliziertheit der Technik und der Gesellschaft hinzuweisen. Für den einzelnen ist es ganz unmöglich, die verwirrende Fülle dieser seiner Welt zu meistern. Aber das ist wiederum schon lange der Fall. Seit Leibniz (gest. 1716) gibt es keinen Polyhistor mehr, das heißt niemanden, der für sich in Anspruch nehmen könnte, die ganze Vielfalt dieser Welt zu überschauen und geistig zu beherrschen.

Trotzdem bemühen wir uns, Zusammenhänge zu begreifen, und so ist es auch in Zukunft noch sinnvoll, über „die industrielle Gesellschaft“ zu reden. Aber es geht uns wie einem Wanderer, der aus dem Garten eines Ausflugslokals hinaus in die Landschaft geht. Er kann sich noch vorher auf dem Aussichtsturm einen Überblick verschaffen, am Kiosk einige Ansichtskarten, eine Landschaftsbeschreibung und zweckmäßigerweise auch eine Wanderkarte kaufen. Aber dann muß er sich schon auf einige Wege „spezialisieren“, um sich die Landschaft zu erwandern.

Hier dürfte der Ansatzpunkt für eine sinnvolle Bildungsarbeit zu suchen sein: die möglichst konkreten, aber doch beispielfähigen überschaubaren Themen! Niemandem, außer einem Narren, würde es einfallen, seinem Kinde etwa einen umfassenden

Vortrag über die Stellung des Menschen in der Familie zu halten. Das lernt das Kind am faßbaren täglichen Erleben. Es lernt induktiv, Ordnung zu halten in der Zeit wie in den Sachen, sich einzufügen, Umgang mit Menschen und vieles mehr. Es wird deshalb keineswegs zu einem „Spezialisten für Spielregaleinräumen“. Die hoffentlich im Kinderzimmer erlernte Ordnung in den Sachen überträgt sich später fast von selbst auf Schreibtisch, Akten, Portokasse, Termine oder was sonst immer auch. So läßt ein gründlich entfaltetes Thema durchaus Rückschlüsse auch auf andere Gebiete zu. Der Anstoß dazu sollte möglichst aus dem eigenen Erlebensbereich kommen und damit von Anfang an die Nähe zum Konkreten haben, also etwa aus der Arbeitswelt, aus dem Familienleben oder aus der Kommunalpolitik stammen. Die lebhaftere Beteiligung der Katho-

liken an der Sozialarbeit ihrer Kirche mag wenigstens zum Teil darin begründet sein, daß die unmittelbare Verbindung zwischen theologischer Aussage und politischer Aktion nach dem Selbstverständnis der römischen Kirche möglich ist und sich somit der Reiz des unmittelbaren konkreten Ergebnisses mit der theoretischen Arbeit verbindet. Eine solche Verbindung ist nach evangelischem Verständnis keinesfalls ausgeschlossen, wenn man den Ansatz nur nicht in der kirchenamtlichen Verlautbarung sucht, die ja zu den wenigsten politischen Fragen einhellig abzugeben ist. Kommt der Ansatz aber von einer konkreten Frage, dann kann niemand eine Gruppe von evangelischen Christen hindern, sich dazu eine Meinung zu bilden, ihr Ausdruck zu verleihen und eventuell auch als Gruppe bestimmte konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Hinter den Sachproblemen eröffnen sich Glaubensfragen

Von hier aus kann dann die Frage nach soziologischen Zusammenhängen ansetzen, wie wir es in einem Akademiekreis erst kürzlich erlebten. Es wird einige, aber eben nur einige geben, die selbst das Bedürfnis haben, ihr sozialetisches und Glaubenswissen über allgemein bekannte Sätze hinaus zu erweitern. Das Interesse am umfassenden Stoff und die Möglichkeit und Fähigkeit, sich mit ihm wirklich auseinanderzusetzen, wird aber immer begrenzt bleiben. Schließlich haben selbst hauptamtlich damit befaßte Spezialisten erhebliche Schwierigkeiten, auf dem laufenden zu bleiben. Andererseits wird die kirchliche Sozialarbeit nur dann befähigt sein, über den Stoffplan einer Volkshochschule hinaus zur ihr zukommenden sozial-ethischen Frage (Sozialethik im weiteren Sinne!) vorzustoßen, wenn sich in den Arbeitskreisen immer wenigstens einige finden, die dann schon

annähernd begriffen haben, von welchen Voraussetzungen her diese Arbeit zu treiben ist. Das heißt, es geht hier nicht zuletzt um den „Konfirmandenunterricht für Erwachsene“. Das Interesse an ihm wird man aber sicher nicht durch den ständig wiederholten allgemeinen Appell wecken, daß der evangelische Christ doch in Fragen seines Glaubens orientiert sein müsse. Die Theologie ist groß und die Fakultäten sind weit — und so beläßt man es dann auch weiterhin bei dem, was man sich so im Hausgebrauch unter „evangelisch“ vorstellt. Wenn man aber an der konkreten Frage, etwa der Sonntagsarbeit, des Kindergeldes, des Heimatrechts, des Streiks, des Straßenverkehrs oder der Bauordnung feststellt, daß sich dahinter immer eine sozialethische, damit eine theologische und schließlich eine Glaubensfrage eröffnet, dann könnte man schon eher den Mut haben anzufangen.

Von der theoretischen Erörterung zur praktischen Mitwirkung

Nun ist die Fragestellung bis hierher wiederum intellektuell entfaltet worden. Schließlich sind doch selbst

Stellungnahmen und Resolutionen nur schwache Erscheinungsformen konkreten Handelns. Sie befriedigen um

so weniger, je weiter sie vom Ort der politischen Entscheidung entfernt sind, und das wird bei evangelischen Arbeitskreisen fast regelmäßig ziemlich weit sein. Auch wenn man die Lehre von den zwei Regimenten nicht naiv auslegt, kann man eine Verflechtung kirchlicher Kreise und Gruppen in die Politik ebensowenig wie die der Gemeinden und Kirchenleitungen wünschen wollen. Das gilt in allen Bereichen politischer Entscheidungen; denn hier bewirkt ja die Größe und Bedeutung eines Bereichs keinen Umschlag der Quantität in die Qualität, so daß man also etwa das Hineinreden eines Pastors in die Kommunalpolitik oder die Betriebsordnung dulden, die politische Erklärung eines Kirchenpräsidenten aber zum Anlaß nehmen müßte, um Feuer zu blasen. Werden damit kirchliche Kreise also doch wieder vom Konkreten abgedrängt?

Man muß es vielleicht immer erneut wiederholen: Evangelisch sein bedeutet nicht, unpolitisch zu sein. Aber da die Evangelische Kirche keine verbindlichen Anweisungen zum konkreten politischen Handeln (und das im weitesten Sinne) abgeben kann, fällt zuletzt die Entscheidung dem einzelnen Christen zu, der sich ja vor Gott auch allein zu verantworten hat. Niemand hindert ihn jedoch, Entscheidungen zusammen mit anderen vorzubereiten, vorzubereiten und zu fällen. Ein solcher einzelner oder eine solche

Gruppe sollte nur darauf bedacht sein, mit dieser Entscheidung nicht die Kirche als solche zu belasten, soweit es sich darum handelt, sich persönlich zu einer konkreten politischen Frage zu äußern. Das ist kein Ausweichen vor Barmen 2 (nämlich „Gottes kräftigen Anspruch auf unser ganzes Leben...“), sondern nur ein brüderliches Respektieren der Wissens- und Gewissensentscheidung anderer.

Es stellt sich daher als vollwertige andere Seite der evangelischen Sozialarbeit die Frage nach der Mitwirkung evangelischer Christen am praktischen Leben. Die Sozialarbeit steht mit der Durchdringung der theoretischen Fragen auf einem Bein. Sie muß es, wenn sie rein kirchlich verstanden wird, aber sie sollte versuchen, aus dieser Verengung herauszukommen.

Freilich, je kirchlicher — und etwas gröber — je klerikaler eine solche Institution ist, um so neutraler und damit wirkungsloser werden ihre Verlautbarungen sein müssen. Der Kirchentag — um ein Beispiel zu nennen — ist anscheinend bereits viel zu sehr verkirchlicht, um sich heute noch die Freiheit nehmen zu können, zu so umstrittenen Fragen wie etwa seinerzeit zur Mitbestimmung, verbindlich zu reden. Die Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen kann sich zu politischen Fragen konkret und verbindlich nur dann äußern, wenn es um den Bekenntnisstand geht — und das ist selbst bei der Atombombe umstritten.

Nächstenliebe ist auch Ordnungspolitik

Aber wie steht es um die nicht unmittelbar kirchlichen Zusammenschlüsse evangelischer Christen? Um sehr hoch zu greifen: Könnte nicht etwa die Hermann-Ehlers-Gesellschaft aus der im Ansatz doch wohl nicht gewollten Verengung, nicht viel mehr als eine Parallele des Evangelischen Arbeitskreises der CDU zu sein, herausbrechen und ein Diskussionsorgan — aber vielleicht auch mehr? — evangelischer Christen aller politischen Schattierungen werden? Wäre es nicht denkbar, daß unter dem Leitwort

„Verantwortliche Gesellschaft“ evangelische Christen nicht nur zu theoretischen Gesprächen, sondern auch mit der Absicht zusammenkommen, praktisch tätig zu werden? Soweit es um die Diakonie herkömmlichen Stils geht, kann auf Vorhandenes verwiesen werden. Sozialpolitik als Hilfeldpolitik ist die Aufgabe sehr vieler Frauenkreise, wohingegen sich die meisten Männerkreise fast ausschließlich mit dem theoretischen Gespräch begnügen. Was sollen sie auch Strümpfe für Waisenkinder stricken,

bei der Weihnachtsbescherung für die Alten den Kaffee kochen oder allenfalls mit einer Sammelliste herumlaufen? Das jedenfalls ist die weitverbreitete Anschauung. Tatsächlich aber gibt es auch im Bereich der Hilfepolitik eine ganze Reihe von Aufgaben, die einen Mann erfordern. Unsere Fürsorger klagen darüber, daß sich zuwenig freiwillige Mitarbeiter finden, die bereit sind, als Vormünder für Waisen, Unterhaltspfleger, Schutzaufsichtspfleger usw. mitzuwirken. Wäre es nicht eine ausgezeichnete Möglichkeit für unsere Männerkreise, sich auch solcher Aufgaben anzunehmen? Es wären sicher manche bereit, einzuspringen, wenn sie nicht Sorge hätten, sie könnten die Last allein nicht tragen. Hier wäre ein konkreter Ansatzpunkt zu gemeinsamem sozialen Wirken zu finden. Der Arbeitskreis könnte für entsprechende Verteilung der Aufgaben, Beratung und auch notwendig werdende Ablösung sorgen. Das wäre sehr nützlich und würde mit dazu beitragen, die viel beklagte Anonymisierung und Bürokratisierung unserer Gesellschaft aufzulockern. Es wäre jedenfalls gewiß hilfreicher und bei der Buntheit des menschlichen Lebens auch interessanter als ein Vortrag über „Sicherheit als Problem der modernen Gesellschaft“. Aber das ist nur ein Beispiel. Es gibt viele Möglichkeiten, einzeln und in der Gruppe

tätig zu werden. Die Hilfepolitik ist ja nur ein Teil der diakonischen Verantwortung, und nicht alle werden sich für sie erwärmen.

Wir erfahren heute immer deutlicher, daß die Nächstenliebe nicht erst dann wirksam werden kann, wenn es darum geht, unter die Räder Gekommenen zu helfen. Mit der jeweiligen Ordnung wird so viel vorweg entschieden, daß der größere Teil des Einsatzes der Hilfe und Sorge für den Nächsten institutionell erfolgen muß. Eine gerechte Ordnung der Renten, des Kindergeldes, der Rehabilitation, der Begabtenförderung, des 2. Bildungsweges, der Preispolitik, um einige Beispiele umfassender Bedeutung zu nennen, oder einige aus dem engeren Bereich: der Urlaubsordnung und Arbeitszeit im eigenen Betrieb, der kommunalen Finanzen, stellt Weichen für Einzelschicksale. Dabei sind das alles institutionell zu regelnde Angelegenheiten. Sehr viele Einzelhilfen müssen darüber hinaus ebenfalls institutionell ansetzen. Was haben wir eigentlich schon unternommen, um der großen Mehrheit unserer Mitbürger zu helfen, die in arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Fragen oft einfach hilflos sind? (Soweit dem etwa bei der Steuerberatung bestehende Vorschriften entgegenstehen, wäre zu prüfen, wie weit sie — damit hier wirklich geholfen werden kann — geändert werden müssen).

Gegen den Herrschaftsanspruch der Kleriker

Die verfaßte Kirche einschließlich ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter brauchte aus all diesen Arbeiten gar nicht ängstlich herausgehalten zu werden, sofern nur gesichert bleibt, daß sie sich nicht die Entscheidung oder überhaupt irgendeine Art Primat in der Mitsprache vorbehält. Es ist ja nicht nur kein Schade, mit seinem Ortspastor über irgendeine Schwierigkeit im Betrieb oder im Gemeindepapament zu sprechen, sondern sicherlich sehr nützlich. Vielleicht weiß er etwas genauer von dem, was an erarbeiteten sozial-ethischen Erkenntnissen bereits vorliegt und erfährt selbst etwas mehr

über das Leben seiner Gemeinde. Die Klerikalisierung wird ja nicht im Gespräch mit der Theologie, sondern erst durch den Herrschaftsanspruch der „Kleriker“ begründet.

Sie wird weitgehend vermieden, wenn der Gesprächsanstoß von denen kommt, die wir etwas merkwürdig „Laien“ nennen, obwohl sie doch etwa auf dem Gebiet der Steuern Fachleute sind, wo wiederum die Theologen nur sehr laienhaft mitreden können. Die Lehre vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen ist noch sehr wenig in die Praxis umgesetzt worden. Außerdem tut der Sprachgebrauch, ganz und gar

unevangelisch zwischen Geistlichen und Laien zu unterscheiden, das Seine dazu. Es sieht daher fast nach einer Quadratur des Zirkels aus, nun ausgerechnet von jenen einen Anstoß zu erwarten, die daran gewöhnt sind, alle Initiative von „ihrem Pastor“, „ihrer Kirchenleitung“ usw. zu erwarten.

Wir werden uns daher nach neuen Wegen nicht mit der Erwartung einer auszulösenden Massenbewegung umsehen können. Aber wir sollten auf jeden Fall dem entmündigenden Stil jeder Art von Berieselung absagen und uns auf einen wesentlichen Zug evangelischen Kircheseins stützen, nämlich die verantwortliche Mitwirkung aller Gläubigen. Sie ist bisher auch im

Bereich der Sozialarbeit oft Theorie geblieben, aber sie dürfte eine bessere Chance der Verwirklichung haben, wenn wir mit überschaubaren und begreifbaren konkreten Problemen beginnen. Die sozusagen kartographische Arbeit und die des Wegemarkierens bleibt bestehen. Aber man muß davon abgehen, alle Leute zu Kartographen und Wegemarkierern ausbilden zu wollen, ohne es jemals zu können. Es geht — um im Bild zu bleiben — um Mitglieder für die Wandervereine, und das verlangt vielschichtige Arbeit. Das theoretische Gespräch muß weitergehen, aber wir müssen uns mehr Kraft und Zeit freihalten für das pädagogische Problem des Umsetzens.

Sachliche Mitarbeit in vielen kleinen Gruppen

Danach sind unsere bisherigen Arbeitsansätze (Kurse usw.) zu überprüfen. Wie weit sind sie lediglich auf den Fundus der Dozenten und nicht auf die Möglichkeiten der Teilnehmer hin aufgebaut? Programme, die eine Häufung von Themen aufweisen (zwei Vorträge und mehr am Tag) erscheinen von vornherein als verdächtig. Wo bleibt da Zeit für die Auswertung, die Mitwirkung der Teilnehmer in Plenardiskussion und Gruppenarbeit? Es mag darüber hinaus immer noch ein paar Veranstaltungen geben mit Starreferenten, die Ansprachen halten, und Podiumsdiskussionen, die den Rest der Zeit ausfüllen, und Teilnehmern, die

Zuschauer und Zuhörer sind. Die repräsentative Groß-Tagung kann um ihrer Werbe- und Plakatwirkung willen ertragen werden. Wichtiger, weil in der Wirkung dauerhafter, ist die regelmäßige sachliche Mitarbeit in vielen kleinen Gruppen. Sie kann und wird häufig sehr bescheiden sein; sie kann ebenso höchst anspruchsvoll dem Fortgang des wissenschaftlichen Gesprächs und damit der Weiterentwicklung der Grundlagen dienen und sie kann schließlich im aktiven politischen Wirksamwerden den Menschen unmittelbar dienen. Es bleibt zu hoffen, daß wir uns eines Tages weniger um Teilnehmerstatistiken zu sorgen haben.

DIE PREDIGT IN DIE ZEIT

In den letzten Jahren sind häufig Versuche unternommen worden, die gottesdienstliche Predigt dadurch zu aktualisieren, daß auch und gerade im Gottesdienst das Gespräch gewagt wurde. Nur so kann die Widersprüchlichkeit, nur so können die Verbindungen von Glaube und Alltagsleben lebendig und anschaulich gemacht, nur so kann in die Zeit hinein gepredigt werden. — Die hier veröffentlichte Predigt über Maleachi 3, 13—20 ist von drei Pfarrern in der DDR gehalten worden. Sie erhält eine den gegebenen Realitäten entsprechende Spannung, weil sie gerade jene Wirklichkeit schonungslos einbezieht. Sie kann in der Form und im Ausdruck der mutigen Einbeziehung der täglichen Nöte des einzelnen auch uns im Westen Beispiel sein.

GOTT IST UNTER UNS - GERADE HEUTE!

I.

Z: Textlesung

X: Es ist wirklich so, wie es hier heißt! Es scheint umsonst zu sein, Gott zu dienen und seine Weisungen zu halten. Da ist ein Kind, das nicht zur Jugendweihe geht, sondern den Konfirmandenunterricht treu besucht. Was hat es davon? Wer weiß, ob es eine ordentliche Lehrstelle bekommt? Da sind immer erst die anderen an der Reihe. Und wenn es begabt ist und will zur Oberschule? Wer weiß, ob es da klappt! Was bringt es schon ein, Gott wirklich die Treue zu halten?

Y: Das geht aber nicht nur den Kindern so, den Eltern im Betrieb geht es doch genauso. Es ist Betriebsversammlung. Es geht über die Kirche her. „Die Kirche segnet die Waffen. Die Bischöfe sind für die Atombomben. Immer stehen sie auf der Seite der Kapitalisten und Ausbeuter.“ Da wagt es wirklich einer, der nicht feige ist. Er steht auf und will einige Dinge richtigstellen. Was passiert? Er kommt kaum zu Wort. Er wird ausgelacht. Seine Kollegen erklären ihn für verrückt, weil er den Mund auf tut. Er verscherzt sich alle Sympathien. Er ist das schwarze Schaf. Was hat er davon? Es scheint wirklich umsonst zu sein, Gott zu dienen. Würde er aus der Kirche austreten, der Weg wäre ihm offen.

Z: Und doch gibt es Leute, die halten stand, auch wenn alle lachen. Und die erfahren auch, daß es nicht vergeblich ist, und Gott den Seinen hilft.

X: Ja, wie denn? Es geht doch auch den Frommen so. Was nützt ihnen ihre Frömmigkeit? Gott hilft ihnen auch nicht. Ich habe eine Frau aus meiner Heimat vor Augen. Ihr Mann war gefallen. Sie hatte noch einen Sohn. Wie hat sie zu Gott gebetet, er möge wenigstens diesen Sohn bewahren. Dann

kommt die Nachricht: er ist vermißt. Ihr erging es nicht anders als denen, die nicht gebetet haben. Muß man da nicht sagen: Es ist umsonst, daß man Gott dient?

Y: Da sind doch wahrhaftig die anderen besser dran, die nicht nach Gott fragen. Die treten aus der Kirche aus, und sie sind obenauf. Die Kinder gehen zur Jugendweihe, die besten Lehrstellen sind ihnen sicher. Es scheint doch immer wieder so zu sein: Wer sich um Gott nicht kümmert, der hat ein leichteres Leben. Er macht sich keine Gewissensbisse. Er braucht seine Ellenbogen und kommt voran.

X: Und da sitzen wir nun in der Kirche!

Y: Da haben Sie recht! Am liebsten würde man auch so leben und aufhören zu glauben. Man steht ja auch immer in der Versuchung, den leichten Weg zu gehen, weil wir doch nach allem, was wir sehen und erleben, dem zustimmen möchte, was hier geschrieben steht: „Es ist umsonst, daß man Gott dient . . . Die Gottlosen nehmen zu. Sie versuchen Gott und alles geht ihnen wohl aus.“

II.

Z: Also Gott ist abgesetzt! Ihr seid Christen, ihr sitzt hier in der Kirche, aber ihr redet, als wäre Gott ein alter Mann, der nichts mehr hört und sieht und der die Seinen einfach sitzen läßt. Ihr rechnet ja überhaupt nicht mit Gott. Praktisch seid ihr genauso wie die anderen, die sagen: Es gibt gar keinen Gott! Deshalb müßt ihr ja verzweifeln! Darum seid ihr so mutlos und so hoffnungslos. Ihr seid wie Petrus auf dem See Genesareth. Er starrte wie gebannt auf die Wellen, die ihn zu verschlingen drohten. Er sah aber nicht den, der ihm helfen wollte. Darum ging er unter. So geht auch ihr unter in eurer Hoffnungslosigkeit und sagt: Es ist ja umsonst, Gott zu dienen.

X: Was bleibt uns heute anderes übrig als so zu denken? Es sieht doch wirklich so aus.

Z: Ja, weil ihr Gott nicht seht und nicht mehr mit ihm rechnet. Wißt ihr, was Gott zu solchem Reden sagt? „Ihr redet hart wider mich.“ Ihr lästert mich, wenn ihr mir nicht vertraut. Ihr ehrt mich nicht. Ihr tut, als wäre ich ein stummer Götze, der euch nicht helfen kann. Ich aber merke wohl, was euch bedrückt und plagt. Ich höre eure Klagen. Ich weiß eure Zweifel. Darauf können wir uns verlassen: der Herr merkt und hört es! Damit können sich die Gottesfürchtigen untereinander trösten, wie es in Vers 16 unseres Textes heißt.

Y: Auch wenn das alles stimmt, meinen Sie dann wirklich, daß er sich um uns hier kümmert, daß er ein Interesse hat an dem, was uns täglich unter den Nägeln brennt und mürbe macht?

Z: „Sie sollen, spricht der Herr Zebaoth, mein Eigentum sein“, wird hier verheißen. Meinen Sie, jemand gibt 1000 Mark für eine goldene Kette aus und

wirft sie dann weg? Gott hat uns das Leben gegeben. Ihm ist es nicht gleichgültig, was daraus wird. Er will, daß wir leben und nicht verkommen und versinken in Verzweiflung und Angst. Er hat mehr als Gold und Silber für uns gegeben. Er gab, was ihm am liebsten war, seinen einzigen Sohn für uns. Deshalb sind wir sein Eigentum und seine Kinder. Und das sind doch nicht leere Redensarten. Wer sich daran hält, der erfährt das auch. Er merkt, daß er damit anders leben kann. Haben wir denn noch nie gemerkt, daß er erhört? Ich meine, wir sind nur durch unseren Zweifel taub und blind geworden für all das, was er an uns tut.

X: Na ja, ich denke wieder an die Frau, von der ich vorhin erzählte. Der Mann gefallen, der Sohn vermißt. Sie hätte bitter werden können. Jeder hätte das verstanden. Aber sie ließ Gott nicht los. Und Gott hatte eine Aufgabe für sie. Als die Flüchtlingszüge kamen, fand sie zwei elternlose Mädchen. Sie nahm sie in ihr Haus und wurde ihnen zur zweiten Mutter. Sie sagte damals: Gott hat doch auf mein Gebet gehört und mir geholfen, ganz anders als ich dachte. Durch die Hilfe für andere Menschen wurde ihr geholfen. Daran erfuhr sie, wie Gott hört und merkt.

Z: Ja, und das ist nicht ein Einzelfall. Wir sehen ja immer nur den Vordergrund. Wir lassen uns blenden von dem Glück und Erfolg anderer. Wir lassen uns niederdrücken von unserem Unglück, von unserem Versagen. Aber wer das Vordergründige durchdringt und hinter allem Gott wirken sieht, für den steht alles unter einem neuen Licht. Sein Leben wird anders. Seine Entscheidungen sind letztlich dann nicht mehr abhängig von dem Gedanken an Erfolg und Mißerfolg. Er strebt nicht mehr um jeden Preis nach der Gunst der Vorgesetzten und Sympathien der Kollegen. Ihr Spott und Lachen werfen ihn nicht mehr um. Denn er weiß, auf Gottes Urteil kommt es an. Und so wird er dessen gewiß: Es ist nicht umsonst, Gott zu dienen!

Y: Wo das ein Mensch erfährt, da merken es dann aber auch die anderen. In seiner Umgebung ändert sich auch etwas. Das ist mir an einer bekannten Familie klar geworden. In dieser ganzen großen Familie war die Oma die einzige, die zur Kirche ging. Und das war ihr mehr als eine liebe Gewohnheit. Sie lebte das, was sie glaubte. Zu ihr kamen alle Familienglieder. Ihr schütteten sie ihr Herz aus. Von ihr holten sie sich Rat. Sie glich Streitigkeiten und Spannungen aus. Sie war der gute Geist in der Familie. Als Oma starb, war es mit dem Frieden aus. Die Familie brach auseinander.

X: Was Sie da erzählt haben, hat zwar kein gutes Ende genommen. Aber das eine wird daran doch sichtbar: wo ein Mensch Gott etwas zutraut und ihm gehorsam ist, ohne dabei gleich wieder auf die anderen herabzuschauen, da geht Frieden von ihm aus, da ändert sich um ihn herum die Atmosphäre. Das ist im Betrieb so. Das ist in der Schule so. Wenn nur einer in der Klasse ist, der keine Angst hat vor den anderen und ihrem Lachen, da finden sich auch andere, die Mut bekommen. Und die ganze Klasse bekommt ein neues Gesicht. Wo nur einer in der Brigade dem Klatsch über andere Widerstand leistet, da wird die Atmosphäre entgiftet. An diesen kleinen Dingen wird schon hier etwas davon spürbar, daß es nicht umsonst ist, Gott zu dienen.

Die Gemeinschaft lebt von den Wenigen, die Gott ernst nehmen. Diese Wenigen sind wirklich Salz der Erde und Licht der Welt.

III.

Z: Sicher ist das so! Es ist nicht umsonst, Gott zu dienen. Aber es braucht nicht immer hier sichtbar zu werden. Oft erscheint es im Gegenteil gerade so, als wenn es vollkommen sinnlos wäre, weil nicht der geringste Erfolg zu sehen ist. Und die wenigen Treuen bleiben oft verkannt und verlacht. Dennoch gilt: Gott hört und merkt es, und von ihm ist ein Denkwort geschrieben für die, „so den Herrn fürchten und an seinen Namen gedenken“. Gott übersieht die Treue nicht. Gott vergißt die Seinen nicht. Und der Tag des Herrn, auf den unser aller Leben zuläuft, macht aller Zweideutigkeit und Verkenntnis ein Ende. Dann sehen wir, was uns in unserem Text verheißen ist: „Und ihr werdet sehen, was für ein Unterschied sei zwischen dem Gerechten und dem Gottlosen, zwischen dem, der ihm dient und dem, der ihm nicht dient.“

Y: Sollen wir nun zum Schluß doch noch wieder auf die Ewigkeit getröstet werden?

Z: Wir sollen nicht v e r tröstet werden auf die Ewigkeit. Aber wir wollen uns trösten mit der Ewigkeit. Es kommt der Tag des Herrn, und der Herr sitzt zu Gericht. Dann wird vor allem offenbar, daß es nicht umsonst ist, sich auf Gott zu verlassen, ihm zu dienen. Was bleibt von all dem, was uns hier irremacht und nach dem wir hier jagen? Nichts bleibt! Weder Erfolg noch Mißerfolg, weder bequemes Leben, noch Leben unter Last und Kampf. Es hat sein Gewicht für uns verloren. Dann mißt Gott unser Leben nach seinen Maßen. Dann urteilt er darüber, was sinnlos oder sinnvoll war. Sinnvoll war das Leben, das vor diesem Richter Gnade findet. Gnade aber sollen finden, die hier seinen Namen fürchten. Sie schauen dann das Heil. Sie sind mit ihm und schauen Gott von Angesicht zu Angesicht. Darin erfahren sie, was wir im Glauben ersehnten. Was uns hier Not macht, was uns hier kränkt, das ist offenbar. Zurücksetzung und Ungerechtigkeit, Verzweiflung und Angst haben aufgehört unter seinen Kindern. Darum ist Freude unter ihnen. Das steht uns vor Augen, wenn wir sagen: Ewigkeit. Deshalb trösten wir uns mit der Ewigkeit. Wenn wir dies vor Augen behalten, gehen wir getrost, ja freudig durch allen Kampf hier hindurch. Dann können wir sogar auf die bessere Stellung verzichten. Dann muß es nicht unbedingt die Oberschule sein. Sinnvoll ist ja nur das Leben, das vor Gott besteht. Denn das letzte Wort behält doch immer unser Gott.

DAS BUCH

Johannes B. Lotz, Mensch, Wirtschaft, Sonntagsfeier. Forum Politischer Bildung Heft Nr. 4. Verlag Anton Pustet, München, Salzburg, Köln 1958. Broschiert.

Albrecht Beckel, Sonntagsarbeit in der modernen Gesellschaft. Freiheit und Ordnung, Heft 10. Verlag Winfried-Werk, Augsburg. Brosch. DM -,60.

Zur Frage der Sonntagsarbeit erreichen uns zwei Beiträge aus römisch-katholischer Auffassung. Die Schrift von Lotz gibt zwei Vorträge aus dem Jahre 1954 und 1957 wieder, die aber beide für sich nicht in Anspruch nehmen können, bleibende Bedeutung zu haben.

Das landauf und landab von vielen Referenten vorgetragene Thema Mensch und Wirtschaft wird ein wenig simplifizierend und schwarz-weißmalend behandelt. Beim Thema der Sonntagsfeier stützt sich Lotz lediglich auf die Verlautbarungen der römisch-katholischen Bischöfe in Deutschland und auf das gerade in seinen entscheidenden Teilen umstrittene Gutachten der Arbeitsstelle für Betriebsseelsorge/Hattingen (1957). Das ist bei einem kurzen Hand gehaltenen Vortrag tolerierbar. Eine Veröffentlichung im Jahre 1958 müßte das inzwischen angefallene, nicht geringe Material zur Sonntagsfrage berücksichtigen und sich sehr viel gründlicher mit dem Problem auseinandersetzen, als das geschehen ist.

Mit mehr Recht kann die im bescheidenen Oktavformat erschienene kleine Schrift von Beckel Anspruch auf Beachtung erheben. Sie bietet dem sich allgemein orientierenden Leser eine gute Einführung in das Problem aus römisch-katholischer

Sicht. Für den evangelischen Beobachter ist die Arbeit vor allem deswegen interessant, weil sie zeigt, mit welchen Schwierigkeiten das römisch-katholische legalistische Verständnis sozialetischer Fragen zu kämpfen hat (S. 9ff.). Der Begriff der opera servilia, der knechtlichen Arbeiten (die am Sonntag verboten sind), trifft in einer modernen Industriegesellschaft doch praktisch alle Arbeitsbereiche. Die Bestimmung der erlaubten Arbeiten (S. 1 ff.) wirkt daher ein wenig gequält. Zum Beispiel sind die Bus-Schaffner ganz sicher keineswegs sonntäglicher gestimmt, weil sie „anderen, anders gestimmten, anders gekleideten, auf anderen Wegen befindlichen Menschen als am Werktag“ begegnen. Im Gegenteil, als Bus-Schaffner wäre ich mit Sicherheit wütend darüber, nur jeden siebenten Sonntag frei zu haben. Es ist gar nicht zu übersehen, daß jede kasuistische Entscheidung mehr eine Sache der Politiker als der Kirche ist. Aber hier gehen eben die Ansichten auseinander. Voll einverstanden kann man wieder mit Beckels Schlußfolgerungen sein, daß das Problem der Sonntagsarbeit und Sonntagsfeier nur gesamtgesellschaftlich zu verstehen und zu behandeln ist.

Werner Steinjan

Helmut Schelsky, Ortsbestimmung der deutschen Soziologie. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf — Köln 1959. 154 S. kart. DM 11,80.

Schelsky legt hier in wesentlich erweiterter Form das Referat vor, das er für die 50-Jahr-Feier der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Berlin angemeldet hatte, aber dann infolge aufgetretener Spannungen nicht hielt. Die Broschüre äußert sich in großer Offenheit über die heutige Lage der Soziologie im Bundesgebiet. Zunächst wird versucht, die Position der Disziplin im Wissenschaftsaufbau zu klären, wobei ihre Bestimmung als „Abspaltprodukt“ zwischen Ökonomie einer- und Philosophie andererseits der wirklichen Entwicklung nicht voll gerecht wird. Eine Reihe erläuternder und läuternder Gedanken sind zu der Unterscheidung und dem Zusammenhang von empirischer und theoretischer Soziologie entwickelt — Komplexe, die dann auch in eigenen Kapiteln durchbehandelt werden. Eingehend nimmt Schelsky zu den Spannungen sachlicher und persönlicher Art in der Disziplin Stellung und betont dabei mit Recht, daß der Schwund an „Bescheidenheit, Humor und Vornehmheit“ auf allen Gebieten durchweg auch die objektive Leistung schwäche.

Besonders aufschlußreich ist der große Abschnitt über die Wissenschaft und ihre Anwendung in der Praxis in einer Zeit, in der die Soziologie zu einer modischen Beschäftigung oft spielerischer Art in weiten Kreisen geworden ist, in der es beinahe zum guten Ton gehört, sich zum Thema zu äußern. Im Blick auf das Problem der Sozialgestaltung, auf die gesellschaftsordnenden Aufgaben, für die ja das Fach von vielen Seiten in Anspruch genommen wird, bleibt bedauerlich, daß Schelsky die „Wissenschaft von der Politik“ aus seinen Betrachtungen bewußt ausgeschaltet hat, weil von dieser Seite nach seiner Meinung vorläufig noch keine ausreichende Selbstanalyse vorläge. Da diese beiden Disziplinen in der konkreten Situation vielerorts gekoppelt in Erscheinung treten, bleibt hier eine bedauerliche Lücke. Aber aufs Ganze gesehen gibt die Broschüre einen guten Überblick über die gegenwärtigen Fragenkreise, Arbeitsleistungen, Aufgabenstellungen und Richtungshorizonte in der deutschen Soziologie, der ja häufig der Vorwurf zu intensiver Betriebsamkeit und zu simpler Wirklichkeitsspiegelung gemacht wird, während der Mangel an geistiger Durchdringung und prinzipieller Besinnung bedauert wird. Schelsky scheut sich nicht, die Gründe dafür offen anzusprechen, meist kritisch, da und dort apologetisch, aber immer in dem Bemühen, konstruktiv zu bleiben. Die schöpferische Kraft einer Wissenschaft, die von der Öffentlichkeit überstrapaziert wird, läßt sich nicht herbeizaubern. Sie hängt von der Qualität ihrer Repräsentanten ab. Das ist der Weisheit letzter Schluß einer solchen Standortbestimmung, die wir als wichtigen Beitrag zum Selbstverständnis und zur Selbstbedeutung des Faches auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau begrüßen. Zu ihrem Teile kann sie dazu mit-helfen, unsere „unbewältigte Vergangenheit“ ins Bewußtsein zu heben und aufzuarbeiten.

Gerhard Heilfurth

Renate Mayntz, Die moderne Familie. Beiträge zur Sexualpädagogik. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1955. VIII und 111 Seiten, geheftet DM 6,20.

Dem Wort Sexualpädagogik haftet weithin der Sinn der „Aufklärung“, der Information, der Belehrung und Unterrichtung über Einzelheiten im Bereich des Geschlechtslebens an, sei es hinsichtlich der Beziehung von Individuum zu Individuum, sei es hinsichtlich der Bedeutung des Geschlechtslebens in der Gesellschaft. Der

Herausgeber der hier angesprochenen Sammlung, Dr. med. Dr. phil. Hans Giese, versteht unter Sexualpädagogik mehr als dies: Wissen zu vermitteln — ihm geht es auch um Ansprüche an das Herz, um den Dienst an echter Bildung, also zutiefst um die innere Haltung. Das aber kann nur durch die Wiederauffindung oder die Neuschaffung sinnvoller Leitbilder geschehen.

Frau Dr. Mayntz stellt in sieben Kapiteln die „moderne“ Familie dar. Das beginnt mit einer Besinnung auf das Bleibende und das Veränderliche in der Familie. Als das Bleibende wird dabei umrissen „die Fürsorgegemeinschaft, die gleichzeitig Wirtschaftseinheit und Hausgemeinschaft ist, die die Geschlechtsbeziehungen der Eltern monopolisiert und damit ihr Geschlechtsleben reguliert, und die zu einer Lebensgemeinschaft von eng und kooperativ miteinander verbundenen Mitgliedern wird.“ Anders als die verklungene ständische Gesellschaft stellt sich die heutige Gesellschaft als nivellierte Mittelstandsgesellschaft dar, deren wesentliche Kennzeichen die Mobilität und die Ausfächerung eigengewichtiger sozialer Räume sind (pluralistische Gesellschaft), z. B. Beruf und Betrieb, soziale Organisationen, Familie, politisches Kraftfeld, Bürgergemeinde und Kirchgemeinde. Neben gesundheitlichen haben soziale und wirtschaftliche Gründe zur Tatsache einer in Verantwortlichkeit für Gegenwart und Zukunft planenden Elternschaft geführt. Über Haushaltsgrößen, Kinderzahlen, Besitzgrundlagen, Wohnformen und über die psychologischen Nachteile und (bedingten) Gewinne der Kleinfamilie unserer Tage als Folgeerscheinungen der gesellschaftlichen Industrialisierung wird in großen und klaren Linien berichtet.

Die Familiengründung, Mann und Frau dieser Familie, die Funktionen der modernen Familie und ihre Außenbeziehungen (zur Wirtschaft, zum Staat, zum begegnenden — aber reserviert betrachteten — Mitmenschen) geben den Stoff für die restlichen Kapitel des Buches. Was die neue Situation für die Wahl des Ehepartners, den Einfluß der Eltern darauf, für die (sich stark lockernde) Integration mit der weiteren Verwandtschaft bedeutet, wird ebenso deutlich wie der neue sich verengende, aber auch steigende Wunsch nach einer neuen Wärme im kleinen Kreis. Ehe wird weithin intimes Bündnis zum Bestehen des gemeinsamen Lebenskampfes; die Ansprüche der „Liebe“ werden dabei bescheidener, nüchterner. Freilich wird auch die relativ „enthemmtere“ Befriedigung der sexuellen Bedürfnisse in den Bereich der größeren (und leichteren)

Möglichkeiten einbezogen — jedoch sind wir nicht nur von Fessellosigkeit weit entfernt, sondern finden in der vorherrschenden Form der Gefährtenehe auch einen besseren Spielraum geschlechtlicher Anpassung (aus gefühlsmäßiger und seelischer Bindung), sofern man eine solche als Frucht einer wahrhaft partnerschaftlichen Haltung auch für gefordert hält.

Über das „geplante“ Kind wird eingehend und sehr redlich berichtet, wobei über das grundsätzliche Ja zum Kind in der Ehe allgemein kein Zweifel bleibt. Daß mehrere Kinder aber, falls kein ökonomischer Lastenausgleich erfolgt, zur sozialen Deklassierung der Familie führen, wird ebenso redlich und unverblümt ausgesprochen. Daß die moderne Familie versucht, ihre Kinder weitgehend zur Selbstständigkeit und zum Finden eigener situationsgerechter Reaktionen zu erziehen, wird mit Recht als ein Plus gebucht. Freilich spricht die Autorin auch klar davon, daß viele Eltern angesichts der Wandlungen der Gesellschaftsstrukturen, der Verschwommenheit der erzieherischen Leitbilder und ihrer körperlichen oder seelischen Belastung schlechthin überfordert sind, wenn man von ihnen harmonische und harmonisierende Spitzenleistungen auf dem Feld der Erziehung fordert. Vollzug individuellethischer Pflichten setzt eben heute entsprechende Gruppenhaltung und in die Tat umgesetzte Sozialethik voraus. Die Gefahren der egoistisch reduzierten Kinderzahl für die Ehepartner und das Kind — oder die Kinder — werden sorgfältig und recht eindrucksvoll untersucht.

Die Familie ist in weitestem Ausmaß ihrer Produktivfunktionen, aber auch der Aufgaben der sozialen Sicherung und Fürsorge im umfassenden Sinne, der religiösen Hausgemeinschaft, des kulturellen Tradierens entkleidet. Sie bleibt jedoch Fürsorgeraum im engeren Sinn des Haushalts, sozialpädagogisches Kraftfeld ersten Ranges, aus dem heraus die entscheidenden Verhaltensweisen und Wertmaßstäbe für das spätere Leben entnommen werden; Chance kommenden Freizeiterlebens und „Gestaltens von Freizeit“ und nicht zuletzt jene zentrale soziale Größe, auf die und auf deren soziale Potenzen hin die sexuelle Aufklärung und die Sexualpädagogik angelegt werden müssen, wenn nicht der triebhafte und genußsüchtige Individualismus und eine fortschreitende Gesellschaftszerrüttung obsiegen sollen.

So betrachtet ist das Buch von Renate Mayntz ein fundamental „ethisches“ Buch. Es bietet Soziologie. Es scheut sozialökonomische und sozialpolitische Werturteile keineswegs. Aber es liefert natürlich keine

theologischen oder ethischen Grundsatzaussagen zu den Sexualproblemen unserer Tage. Wer es lesen, wer sich mit ihm befassen und „auseinandersetzen“ muß? Natürlich die Soziologen, die Sozialpädagogen, die praktischen (oft so idealistisch verbauten) Erzieher und die Psychologen, die Scheidungs- und Jugendrichter, aber erst recht die Theologen — ecce homo! — und die Politiker, soweit sich letztere noch nicht von dem Irrwahn befreit haben, der fundamentale Strukturwandel der Familie sei der einzige Strukturwandel, der nichts „kosten“ dürfe, sondern auf das Privatkonto der Ehepartner und ihrer Kinder überschrieben werden müsse.

Martin Donath

Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. 3. durch einen Anhang erweiterte Auflage. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1955. 418 S. Ganzleinen DM 21,50, geheftet DM 16,-.

Gerhard Wurzbacher, Leitbilder des gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Methoden, Ergebnisse und Sozialpädagogische Folgerungen einer soziologischen Analyse von 164 Familienmonographien. 2. Auflage. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1954. 255 Seiten, gebunden DM 17,80, geheftet DM 16,-.

Jeder, der sich heutigen Tages mit der Familie unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten befaßt, ist unweigerlich auf die beiden hier anzuzeigenden Bücher von Schelsky und Wurzbacher angewiesen. Es handelt sich um Untersuchungen, die auf gemeinsame Lehr- und Forschungstätigkeit der beiden zurückgehen und die sich infolgedessen aufs glücklichste ergänzen. Zugrunde liegt „annähernd das gleiche Material“, nämlich eine methodisch einheitlich 1949/50 durchgeführte Befragung von 150 Familien, vorwiegend aus dem nordwestdeutschen Raum. Ihre Mitarbeiter waren fast durchweg Studenten, die ihre Erhebungen in Monographien zusammenfaßten. So stehen beide Veröffentlichungen auf einer breiten empirischen Stoffbasis, über deren Probleme Wurzbacher eingehend berichtet. Im übrigen ist die Arbeitsteilung der Auswertung so, daß Schelsky „die Untersuchung der gewandelten Stellung der Familie zu und innerhalb der Gesamtgesellschaft in den Vordergrund stellt“, während Wurzbacher vor allem sein Augenmerk auf „die binnenfamiliären Strukturen, also des Verhältnisses der Gatten zueinander, der Eltern zu den Kindern und zur weiteren Verwandtschaft“,

gerichtet hat. Wurzbacher zielt mit den Strukturklärungen zugleich auf die sozialpädagogischen Aufgaben, die daraus folgern. Schelsky beschränkt sich auf die Analyse der Veränderungsprozesse und ihre soziologische Ausdeutung. Die aufschlußreichen Ergebnisse dieser „up-to-date-Forschung“ haben überall die Diskussion um Ehe und Familie angeregt, weit über den wissenschaftlichen Rahmen hinaus.

Im gesamten familienpolitischen Arbeitsbereich, der ja durch die Begründung eines eigenen Familienministeriums in der Bundesrepublik in lebhaftes Auseinandersetzen geriet, wird immer wieder auf die Arbeiten Schelskys und Wurzbachers zurückgegriffen. Ihr Verdienst liegt vor allem darin, die Perspektiven hinsichtlich Funktion und Gestalt der Familie in dem tiefgreifenden industriegesellschaftlichen Wandlungsprozeß auf die Höhe unserer Zeit gebracht zu haben, nachdem der Blick durch die nationalsozialistischen Tendenzen, den Krieg und den Zusammenbruch unserer Volks- und Staatsordnung, aber auch schon vorher durch ideologische Verschleierungen aller Art uns Deutschen weithin verstellt worden war. Es ist die bedeutsame Leistung dieser beiden Untersuchungen, mit großer Klarheit in den

Trend der Entwicklung des sozialen Gebildes „Familie“ in seiner endogenen und exogenen Dimension hineingeleuchtet zu haben, von der gesicherten Warte praktischer Sozialforschung aus. Über diese und jene Ausdeutung mag man verschiedener Meinung sein. Man mag dieses und jenes anders sehen. Man mag darüber streiten, ob die Unterlagen für so umfassende Schlüsse, wie sie die beiden Autoren ziehen, ausreichend sind und ob die Erhebungen der Aufgabe voll gerecht werden, zumal sich die Arbeitsweisen ja ständig verfeinern. Aber außer jeder Frage steht, daß die beiden Bücher zu den anregenden Arbeiten der deutschen Nachkriegssoziologie gehören. Sie haben mit nüchternem methodischen Zugriff und einer vorbildlichen geistigen Bewältigung in jenen Jahren, da die wissenschaftliche Arbeit nach dem allgemeinen Chaos langsam wieder Konturen gewann, jenen Bereich der Forschung wieder erschlossen, der eine tragende Grundform menschlichen Zusammenlebens ausmacht. Insofern sind diese beiden Bücher zu den Pionierarbeiten zu zählen, die die Gesellschaftspolitik und Sozialpädagogik der Gegenwart stark befruchtet haben.

Gerhard Heilfurth

Hinweis: Dr. Konrad Korth, der Autor des in Nr. 11/59 rezensierten Titels „Die Stunde des Elternhauses“, lebt nicht — wie irrtümlich berichtet — im Ruhestand, sondern ist Oberstudienleiter in Laubach (Oberhessen).

Vom Industrie- zum Wirtschaftsfilm

Während sich gerade der deutsche Spielfilm der Darstellung und Einbeziehung sozialer Themen vielfach entzieht, befindet sich eine neue Filmgattung auf dem Vormarsch, die geeignet ist, den leeren Platz auf der Leinwand einzunehmen und eine eigene, wichtige Funktion zu erfüllen. Nach ersten internationalen Erfolgen und einem ersten Festival in Berlin ist der

„Industriefilm“ im Gespräch der Öffentlichkeit. Schon erscheint die erste Fachliteratur, werden Thematik und dramaturgischer Aufbau, Spannungselemente sowie Wert und Unwert einer Spielhandlung diskutiert. Schnitt, Ton und Musik stellen ihre besonderen Anforderungen. Ganz ohne Zweifel ein Kapitel für sich: Begleittext und Sprecher.

Der Industriefilm ist kein Reklameerzeugnis

Recht unterschiedliche Paten standen an der Wiege des jüngsten Kindes der Filmkunst: der Kulturfilm vor allem, der Dokumentar-, der Lehr- und schließlich der Spielfilm. Als böse Tante wollte gar der Werbefilm bei der Erziehung nicht schweigen. Und wenn dem jungen Sproß etwas dringend geboten ist, dann die Notwendigkeit, sich der Gängelung durch die aufdringliche und uneinsichtige Tante zu entziehen. Denn noch ehe eine Definition

für den Industriefilm überzeugend zustande gekommen war, wußte man schon, was er nicht sein soll: Werbung.

In dem Maße, wie solche negative Begriffsbestimmung nicht zu befriedigen vermag, steigern sich die Ansprüche an den Industriefilm, der Eigenes leisten muß, um ernstgenommen zu werden und die Aufmerksamkeit zu rechtfertigen, die er in der Öffentlichkeit zumindest erregen sollte. Denn während der Film in der

Konkurrenz zum Fernsehen zwar neue künstlerische und thematische Wege, aber auch Irrwege sucht und findet, könnte er durchaus eine Bereicherung gebrauchen — und warum nicht von einer Filmgattung, die in ihren Namen eine der stärksten Kräfte aufgenommen hat, die unserer Zeit ihren Stempel aufdrücken: die Industrie, sowohl als Auftraggeber als auch als Thema?

Beide Funktionen erweisen sich für den Industriefilm als recht problematisch. Für den Auftraggeber liegt die Versuchung, die investierten Mittel als Werbung zu amortisieren, gefährlich nahe. Wird diese Werbewirkung, die in filmgemäßer Form und damit indirekt legitim sein mag, nicht, wie es sich für den Film gebührt, dem Bild, sondern dem Wort überlassen, überspielt noch dazu ein aufdringlicher Text

die Sprache der optischen Gesetzmäßigkeit, bemächtigt sich schließlich ein pathetischer Sprecher mit geschwollener Wichtigtuerei der überflüssigen Worte, dann ist ein filmisches Debakel vollständig, das der guten Sache einen denkbar schlechten Dienst erweist. Dort jedoch, wo die Industrie als Auftraggeber dem filmkundigen Hersteller freie Hand bei der Gestaltung gewährt und keine zu enge Begrenzung im Thema auferlegt, dort vermag der Industriefilm das Klischee der Werbung zu sprengen und zu einem Informationsmittel von neuer Aussagekraft zu werden, dessen Erfolg auf seine Urheber zurückwirkt. Auch dafür gibt es Beispiele. „Good will“ aus künstlerischer Leistung sollte den Auftraggeber durchaus zufrieden stellen können, wenn er wirklich mehr als nur Reklame will.

Industriefilme ohne Darstellung des arbeitenden Menschen?

Die Industrie als Thema erscheint so vielfältig, daß jeder Gliederung und Ordnung die Gefahr der Willkür anhaftet. Gleichwohl wird sich für die Zukunft die Einteilung in „Allgemeine Information“, „Technik und Produktivität“, „Forschung und Entwicklung“ sowie „Mensch und Betrieb“ bewähren, die der Preisverteilung bei den Industriefilmtagen Berlin 1959 zugrunde lag. Hier wurde zum erstenmal ein umfassender Überblick über den noch jungen, aber schon leistungsfähigen deutschen Industriefilm geboten, der in einzelnen seiner Beiträge sich erfolgreich mit dem Ausland messen kann.

1958 wurden in Deutschland 150 Industriefilme hergestellt, in Frankreich waren es 250, während die USA mit 8000 im gleichen Zeitraum einsam an der Spitze stehen. Freilich sagen die Zahlen wenig über Inhalt und Qualität. Ein beträchtlicher Teil des stattlichen Aufgebots wird der internen Information und innerbetrieblichen Belehrung vorbehalten bleiben. Nur ein geringer Teil verdient und findet noch jenseits der Betriebstore und außerhalb der Fachschulen Interesse. Ohne unzulässig zu verallgemeinern, läßt sich feststellen, daß auch der Industriefilm nicht frei ist von der Mentalität seines Heimatlandes. So legen sich oft pompöse Schönheit und Repräsentation gewichtig auf den deutschen Film und erschlagen gemeinsam mit dem Kommentar das Bild. Italien hingegen läßt seinen vielgerühmten Realismus auch im Industriefilm walten, die Engländer bringen ihren trockenen, die Franzosen ihren sarkastischen Humor ins Geschäft, und bei den Skandinaviern finden sich Frische und Unbekümmertheit,

ohne daß die sachliche Genauigkeit darunter leidet — im Gegenteil.

Als eine internationale Jury bei den Berliner Filmtagen die Preise vergab, stellte sich heraus, daß auch in Deutschland Industriefilme entstanden sind, die in Einzelfällen diese Eigenarten ihrer ausländischen Konkurrenten auf das angenehmste vereinen und für andere Fälle krasser Unzulänglichkeit entschädigen müssen. Unter den ersten Preisträgern finden sich die großen Firmen, an der Spitze die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen mit dem Film „Das magische Band“, der mit Recht auch die Sonderpreise für beste Regie, beste Kamera und besten Kommentar auf sich vereinigte. Hier liegt tatsächlich die beispielhafte Gesamtleistung eines guten Industriefilms vor. AEG mit „Form und Funktion“ und das Volkswagenwerk mit „Straßen der Vernunft“ waren die weiteren Preisträger.

Aufschlußreich für die Situation des deutschen Industriefilms ist die Tatsache, daß es zwar leicht fiel, preiswürdige Filme in den Gruppen „Allgemeine Information“ („Baumwolle“), „Technik und Produktivität“ („Reservierbares Breitband-Walzwerk“) und „Forschung und Entwicklung“ („Leguval“) zu finden, daß es jedoch mißlang, einen Preis in der Gruppe „Mensch und Betrieb“ zu vergeben. Damit mußte die vielgepriesene soziale Funktion des Industriefilms ihr vorläufiges Scheitern eingestehen. Die Erfolge in den drei anderen Gruppen zeigen, daß Geld und Mühe vorerst bevorzugt in jene Themen investiert werden, in denen der Mensch bestenfalls Statist auf der Bühne der

Maschinen ist. Eine Fachzeitung erhob den Vorwurf, der Industriefilm kreise um die Gottheit Maschine, verzichte hingegen auf die Darstellung des arbeitenden Menschen, weil der Arbeiter im Werk eben

nicht „Filmschauspieler“ sei und der arbeitende, leistungsfähige, tüchtige Mensch nichts „hergebe“. Dem Kern dieses Vorwurfs ist aus der Kenntnis vieler Streifen schwer zu widersprechen.

Der „Wirtschaftsfilm“ als größere Einheit

Den Menschen in seiner sozialen Gebundenheit und Freiheit in der industriellen Arbeitswelt und ihren gesellschaftlichen Ausprägungen darzustellen, erscheint als außerordentliche Schwierigkeit, an der zu wachsen sich der Industriefilm indessen vornehmen sollte. Umgeht er diese Schwierigkeit, dann begibt er sich der Chance, die kulturpolitische Stellung einzunehmen, die ihm am Schnittpunkt zwischen dem Informationsbedürfnis der Zuschauer und der Kompliziertheit seiner technischen und wirtschaftlichen Materie gebührt. Die Gefahr solcher Entwicklung wird von den Verantwortlichen offenbar ebenso gesehen wie die Notwendigkeit, den Menschen nicht auszulassen, gerade wenn dieser Mensch wünscht, das Thema des Films mit seiner eigenen sozialen Stellung zu identifizieren.

Um die Weichen in rechter Weise zu stellen, hat man in langen Diskussionen dem Begriff „Wirtschaftsfilm“ den Vorzug vor der Bezeichnung „Industriefilm“ gegeben. Ein anderes Wort nur, aber es gibt an, wohin der Weg führen soll. Erste Meilensteine sieht man bereits. „Menschen im Werk“, kürzlich in Turin als bester sozialpolitischer Film international ausgezeichnet, wurde in Berlin außer Konkurrenz gezeigt. Inzwischen hat Siemens seinen Film „Impuls unserer Zeit“ vorgestellt,

der nach Inhalt und Aufmachung als richtungweisend gelten darf. Ausgehend von der Zielsetzung, den 180 000 Werksangehörigen einen Eindruck von der Vielseitigkeit des Konzerns zu geben, entstand ein Kulturdokument von der Technik unserer Zeit, von den vielfachen Erscheinungsformen der Elektrotechnik im engeren Sinne und darüber hinaus von der Elektrizität als einer Triebkraft unserer Zivilisation. Dabei wurde in Stil und Inhalt bei aller Vielfalt eine einheitliche Linie gewahrt, wurden für die Musik elektronische Klänge unter Beratung von Carl Orff gewählt und wurde schließlich nicht versäumt, den Menschen in lebendiger Beziehung zu seiner technisierten Umwelt zu sehen und auch zu zeigen.

Wenn in dieser Form der Film zum Spiegel des industriellen Zeitalters und seiner gesellschaftlichen Zusammenhänge wird, dann eröffnen sich mit dem Industrie- und Wirtschaftsfilm neue Informationsmöglichkeiten zur Erklärung ökonomischer und sozialer Fakten und Prozesse. Auch die evangelische Filmarbeit sollte daran nicht vorbeigehen, sofern sie sich um Verständnis für den Menschen unserer Zeit und die Kräfte bemüht, in deren Wirkungsfeld sich seine Existenz vollzieht.

Eberhard Kramer

Sozialpolitischer Zeitspiegel

Paulssen: Preise senken

Die Stabilität der Kaufkraft der DM setzt ein preispolitisches Verhalten der Wirtschaft voraus, das alle von der Kosten- oder Gewinnseite gegebenen Möglichkeiten zur Durchführung von Preissenkungen ausnutzt. Zu dieser Feststellung kommt Dr. H. C. Paulssen, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in einem Rundschreiben an alle Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik vom 29. Januar. Ausgehend von dem in der Öffentlichkeit stark beachteten Gutachten des Präsidenten der

Deutschen Bundesbank, Blessing, zur Lohn- und Preissituation faßt Dr. Paulssen die Erfordernisse der nächsten Monate in sieben Thesen zur gegenwärtigen Lohn- und Preissituation zusammen. Neben der Aufforderung an die Unternehmer, alle Möglichkeiten für Preissenkungen auszuschöpfen, wird eine verstärkte Koordination und Solidarität der Arbeitgeber bei den künftigen Tarifaueinandersetzungen angestrebt.

Das vom Bundeskanzler angeforderte Memorandum der Deutschen Bundesbank, hat — wie aus entsprechenden Veröffentlichungen zu ersehen ist — offensichtlich

nicht die uneingeschränkte Zustimmung der Unternehmerschaft gefunden. So schreibt das Deutsche Industrieinstitut in seinem „Schnelldienst“ vom 29. Januar, daß sich die Bundesbank darauf beschränkt habe, das vorhandene Material zum Fragenkomplex der Lohn- und Preissituation in einer übersichtlichen Darstellung zusammenzufassen und vorsichtige Akzente zu setzen. Im übrigen würde es als ein Novum empfunden, daß der Bundeskanzler den Präsidenten der Bundesbank überhaupt um ein derartiges Memorandum gebeten habe. Hier zeige sich aber ein Anfang der notwendigen Versachlichung der Lohnpolitik, der dadurch gekennzeichnet sei, daß eine unabhängige Dienststelle ein sachverständiges Gutachten abgegeben habe.

Während der Deutsche Gewerkschaftsbund das Blessing-Memorandum begrüßt und darauf aufmerksam macht, daß es die Lohnerhöhungen des Jahres 1959 als „preisneutral“ bezeichnet, ist die SPD in ihrem Pressedienst am 27. Januar der Meinung, daß das Gutachten des Bundesbankpräsidenten keine objektive Grundlage für Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern sei. — In der Presse wird festgestellt, daß mehr Vorbehalte der Arbeitgeber als der Gewerkschaften gegen das Memorandum zu verzeichnen seien. Unter anderem schreibt „Die Zeit“ vom 29. Januar, daß es nicht die Gewerkschaften gewesen seien, die 1959 die Konjunktur hochgepeitscht hätten. Die „Rhein-Pfalz“ vom 28. Januar gibt dem gegenüber der Befürchtung Ausdruck, daß sich das Klima der sozialpolitischen Auseinandersetzungen kaum verändern werde. Einerseits würden die Gewerkschaften durch das Memorandum kaum von Lohnforderungen abgehalten werden, zum anderen aber würden die Arbeitgeber durch ein schroffes Nein gegenüber möglicherweise überhöhten Lohnforderungen nur das Risiko eines Streikes eingehen. Die „Rheinische Post“ bezeichnet das Memorandum des Bundesbank-Präsidenten als eine Zusammenfassung bereits bekannter Ansichten, während der „Mannheimer Morgen“ damit rechnet, daß sich jeder aus dem Gutachten das herauspicks, was ihm gerade gefällt.

Um der Wichtigkeit des Memorandums des Präsidenten der Deutschen Bundesbank willen veröffentlichen wir nachstehend die entscheidenden Passagen, wobei wir auf den Abschnitt über die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1959 sowie auf einige Zusammenfassungen von Gesichtspunkten — die im einzelnen aufgeführt wurden — aus Platzgründen verzichten:

Die Preisentwicklung im Jahre 1959

6. In der ersten Hälfte des Jahres 1959 blieb das Preisniveau praktisch unverändert. Als Nachwirkung der konjunkturellen Flaute des Vorjahres und infolge rückläufiger Weltmarktpreise überwogen bei den industriell erzeugten Produkten die Preissenkungen. Die Erzeugerpreise agrarischer Produkte blieben, im Durchschnitt betrachtet, stabil. Eine kräftige Erhöhung der Schlachtviehpreise in diesen Monaten wurde im Gesamtindex der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise durch die niedrigen Preise einiger pflanzlicher Produkte ausgeglichen. Der Lebenshaltungskostenindex verharrte auf dem im Jahre 1958 erreichten Stand von 119.

7. Seit der Jahresmitte 1959 hat sich die Preissituation jedoch grundlegend geändert. Zwei ihrer Natur nach verschiedene Faktoren spielten dabei eine entscheidende Rolle: Im Agrarsektor führte die Dürre zu einer Verknappung des Angebots und zu erheblichen Verteuerungen, und im industriellen Sektor änderte sich das Preisklima infolge des Steigens der Nachfrage.

8. Von Juni bis November sind die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte insgesamt um 3,6 Prozent gestiegen, darunter die Preise für pflanzliche Produkte, die in dieser Periode zurückzugehen pflegen, um reichlich 6 Prozent. Im November übertrafen sie ihren Stand von vor Jahresfrist um 17 Prozent, darunter bei Obst und Gemüse, deren Ernten um 50 bzw. 25 Prozent geringer als 1958 waren, um gut 80 Prozent. Bei den tierischen Produkten haben sich die Preise seit dem Sommer relativ wenig erhöht. Ihr Index war Ende November gut 2 Prozent höher als im Juni, aber nur um 0,9 Prozent höher als im November 1958. Die Verteuerung betraf vor allem Milch, sowie Wolle, Häute und Felle. Dagegen sanken die Preise für Schlachtvieh vom Oktober ab unter das entsprechende Vorjahresniveau, da infolge der Futterknappheit der Auftrieb an Schlachtrindern größer wurde; die Preise wären zweifellos mehr zurückgegangen, wenn die Einfuhr- und Vorratsstelle nicht erhebliche Mengen an Schlachtvieh — von September bis November 1959 rund 55 000 Rinder — eingelagert hätte. Insgesamt lagen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte im November 1959 um 6,3 Prozent höher als im November 1958.

9. Der Index für die Erzeugerpreise industrieller Produkte, der vom Februar 1958 an ständig leicht gesunken war, stieg erstmals im August 1959 um 0,3 Prozent und erhöhte sich seither um weitere 0,8 Prozent. Der entscheidende Anstoß hierzu ging, wie erwähnt, von dem konjunkturellen Anstieg der Nachfrage aus. So wurden in den Verbrauchsgüterindustrien, die im Vorjahr infolge der Absatzflaute Preiszugeständnisse machen mußten, nun aber wieder einen hohen Auftragseingang zu verzeichnen hatten, die Preise von Juli bis November um gut 2 Prozent erhöht; sie lagen damit freilich erst wenig über dem Stand von Ende 1958 und immer noch unter dem von Ende 1957. Die stärkste Steigerung erfuhren die Preise für die Erzeugnisse der Leder verarbeitenden Industrie und der Schuhindustrie — um 8 Prozent von November 1958 bis November 1959 —, doch waren dafür nicht nur konjunkturelle Faktoren, sondern auch Weltmarkteinflüsse maßgebend. Bei den übrigen Industrien sind die Erzeugerpreise bisher nur geringfügig heraufgesetzt worden, sie blieben aber noch etwas unter dem Stand von November 1958. Das heißt aber nicht, daß sich Angebot und Nachfrage hier besser im Gleichgewicht befänden als in den Verbrauchsgüterindustrien. Insgesamt

waren die Erzeugerpreise industrieller Produkte im November 1959 nicht höher als im November 1958.

Nicht unerhebliche Preissteigerungen waren im Verlaufe dieses Jahres — in der ersten Hälfte noch mehr als in der zweiten — bei den Baustoffpreisen zu verzeichnen. Sie waren im November 1959 um rund 1,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Weit stärker haben sich die Preise für Bauleistungen erhöht. Nach vorläufiger Berechnung waren im November 1959 die Preise für Bauleistungen an Wohngebäuden um 7,0 Prozent und die Preise für Baunebenleistungen im Wohnungsbau um 5,8 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat.

10. Von der Jahresmitte ab zeigten auch die lohnpolitisch so bedeutungsvollen Verbraucherpreise einen aufwärts gerichteten Trend. Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg von November 1958 bis November 1959 um 3,8 Prozent, davon allein von Juli bis November um 3,3 Prozent. Das Schwergewicht der Preissteigerungen lag im Ernährungssektor. Hier waren die Verbraucherpreise im November um 6,6 Prozent höher als im November vorigen Jahres. Von der Steigerung der gesamten Lebenshaltungskosten um 3,8 Prozent entfielen etwa 3,0 Prozent auf die Ernährungskosten und nur 0,8 Prozent auf die übrigen Waren und Leistungen. Zu beträchtlichen Preissteigerungen kam es insbesondere bei pflanzlichen Nahrungsmitteln, wenngleich der Anstieg unter dem Einfluß verstärkter Importe nicht so hoch war wie auf der Erzeugerstufe und der Großhandelsstufe. Bis November erhöhten sich auch die Fleischpreise weiter. Da Schlachtvieh seit August laufend billiger geworden ist, sind also die Gewinn- und Verarbeitungsspannen des fleischverarbeitenden Handwerks in diesem Zeitraum gestiegen; erst im Dezember sind die Verbraucherpreise für Fleisch etwas gesunken. Die Preissteigerungen in den übrigen Verbrauchsbereichen betrafen vor allem Schuh- und Lederwaren sowie Textilerzeugnisse. Außerdem hat sich der Preisanstieg bei den Dienstleistungen, wie Handwerkerreparaturen, Leistungen des Friseurgewerbes und Verkehrsleistungen, fortgesetzt.

Löhne und Produktivität im Jahre 1959

12. Mit der allgemeinen wirtschaftlichen Expansion im Jahre 1959 war auch ein ständiger Anstieg der Löhne und Gehälter verbunden. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten erhöhten sich im Durchschnitt des Jahres 1959 um rund 4 Prozent ¹⁾. In der gleichen Zeit hat das reale Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen — das üblicherweise als ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Produktivität gewertet wird — ebenfalls um rund 4 Prozent zugenommen ²⁾.

¹⁾ Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit betrug nach vorläufiger Schätzung im Jahre 1959 rund 116 Milliarden DM und übertraf damit den Vorjahreswert um 7,2 Prozent. Bei einer gleichzeitigen Zunahme der Zahl der unselbständigen Erwerbspersonen um 2,8 Prozent entspricht dies einem Zuwachs des durchschnittlichen Arbeitseinkommens aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten um 4,3 Prozent.

²⁾ Nach vorläufiger Schätzung betrug das Bruttosozialprodukt — mit welchem Ausdruck die gesamtwirtschaftliche Produktion gemeint ist — im Jahre 1959 im Bundesgebiet (ohne Berlin) knapp 239 Milliarden DM gegen gut 222 Milliarden DM im Jahre 1958. Die Zunahme betrug 7,4 Prozent bzw. unter Ausschaltung der inzwischen erfolgten Preis-

Daraus ergibt sich — unter Berücksichtigung der Tatsache, daß derartige Zahlen nur grobe Anhaltspunkte geben —, daß in der Gesamtwirtschaft die Erhöhung der Durchschnittsverdienste im Jahre 1959 durch die Produktivitätserhöhung im großen und ganzen kompensiert worden ist. Mit anderen Worten: die Lohnsteigerungen im Jahre 1959 sind praktisch „preisneutral“ gewesen. Allerdings haben sich die Verhältnisse zwischen Löhnen und Produktivität sowohl in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen als auch im zeitlichen Ablauf des Jahres sehr unterschiedlich entwickelt.

13. In der Industrie allein wurde ein wesentlich größerer Produktivitätsfortschritt als in der Gesamtwirtschaft erzielt, während die Löhne und Gehälter kaum stärker als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt stiegen. Das Produktionsergebnis, bezogen auf den Beschäftigten, das hier ebenfalls als Maß für die Produktivitätssteigerung benutzt wird ³⁾, erhöhte sich nach unserer Schätzung 1959 um 6,9 Prozent, demgegenüber stiegen die Durchschnittslöhne und -gehälter um 4,6 Prozent. Der hohe Produktivitätsfortschritt — der vor allem mit dem Hineinwachsen der Produktion in die bis dahin nicht voll genutzten Kapazitäten zusammenhing — übertraf den Anstieg der Löhne und Gehälter, ermäßigte also die Lohnkosten je Produktionseinheit. Es entstand mithin Raum für eine Preissenkung. Wie erwähnt, gingen die Erzeugerpreise der Industrie bis zum Sommer 1959 zurück. Seit August aber zeigten die Preise leicht steigende Tendenz, obgleich die Lohnkosten je Produktionseinheit sich auch in dieser Zeit eher weiter verringerten. Soweit nicht andere Kostensteigerungen, wie z. B. eine Verteuerung der eingeführten Rohstoffe, im Spiel waren, dürften sich im zweiten Halbjahr die Gewinne nicht nur infolge wachsender Umsätze, sondern auch infolge einer Ausweitung der Gewinnmargen erhöht haben.

14. In den Bereichen außerhalb der Industrie wurden dagegen im Jahre 1959 nur verhältnismäßig geringe Produktivitätsfortschritte erzielt. Nach unserer Schätzung dürfte zwar in der Landwirtschaft, nicht zuletzt dank der guten Getreideernte und der weiteren Abnahme der Beschäftigtenzahl, das Produktionsergebnis bezogen auf den Erwerbstätigen um etwa 4 Prozent gestiegen sein, in den übrigen nicht-industriellen Bereichen (Handel, Banken, Verkehr, öffentliche Verwaltung und andere Dienstleistungsbranchen) hat sich dagegen das Produktionsergebnis bezogen auf den Erwerbstätigen — im Durchschnitt gesehen — nicht erhöht, sondern ist eher leicht gesunken, da sich hier die Produktionsleistung bezogen auf die Arbeitsstunde nur wenig steigern läßt und

steigerung 5,6 Prozent. Bei einer Erhöhung der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Unselbständige und Selbständige) um etwa 1,7 Prozent ergibt dies einen Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes je Erwerbstätigen um 3,9 Prozent.

³⁾ Häufig wird die industrielle Produktivität am Produktionsergebnis bezogen auf die Arbeiterstunde gemessen und mit den Stundenlöhnen verglichen. Dabei läßt sich aber weder die Veränderung der Zahl der Angestellten noch die der diesen gezahlten Gehälter berücksichtigen. Die von uns angestellte Betrachtungsweise ist deshalb umfassender, wenngleich ihr Endergebnis für das abgelaufene Jahr zu keiner großen Abweichung von dem der anderen Berechnungsart führt.

außerdem die Arbeitszeit verringert wurde. Für die Erhöhung der Löhne und Gehälter bzw. die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Verdiensten bestand in vielen dieser Bereiche daher keine oder nur eine ungenügende Kompensationsmöglichkeit, so daß ein Ausgleich dafür in der Heraufsetzung der Preise (Gebühren) bzw. in einem Ausweiten der Handelsspannen gesucht wurde. Wenn das allgemeine Preisniveau stabil bleiben soll, ist demnach unerlässlich, daß der in der Industrie erzielte Produktivitätszuwachs nicht in vollem Ausmaß zu Lohnerhöhungen verwandt wird, sondern daß ein Teil davon in Form von Preissenkungen an die Konsumenten weitergegeben wird. Nur so kann ein Gegengewicht gegen die Preissteigerungen in den Dienstleistungsbereichen geschaffen werden, die sich bei einer allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus dort mehr oder weniger zwangsläufig ergeben. Es ist bedauerlich, daß es von der Jahresmitte 1959 ab durch den Umschwung der Preistendenz bei industriellen Erzeugnissen nicht mehr zu diesem Ausgleich gekommen ist.

15. Wenn auch im Durchschnitt des Jahres 1959 die Lohnbewegung, global betrachtet, annähernd preisneutral war, so zeigt eine Betrachtung der Effektivlohnentwicklung im Verlaufe des Jahres, daß sich gegen Jahresende auch in diesem Sektor die konjunkturellen Auftriebstendenzen auszuwirken begannen. Der Zuwachs der durchschnittlichen Stundenverdienste in der Industrie gegenüber der jeweiligen Vorjahreszeit hat sich von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöht; er betrug im Februar 4,5 Prozent, im Mai 4,8 Prozent und im August — dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen — 5,1 Prozent. In den übrigen Bereichen verlief die Entwicklung ähnlich: jedenfalls übertrafen die Durchschnittsverdienste in der Gesamtwirtschaft im ersten Quartal 1959 den Stand in der entsprechenden Vorjahresperiode um 3,7 Prozent, im vierten Quartal dagegen um schätzungsweise 4,5 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich gegen Ende des Jahres auch die Produktivitätssteigerung eher verstärkt haben dürfte, und daß sich die Preise, auch im industriellen Bereich, teilweise bereits leicht erhöht haben.

16. Das Niveau der Tariflöhne und -gehälter hat sich im Jahresdurchschnitt 1959 etwas weniger als das der Effektivverdienste — um 3,3 Prozent gegen 4,1 Prozent — erhöht. Diese Differenz hängt mit der zunehmenden Bedeutung der „kalten“ Lohnerhöhungen zusammen, die vor allem eine Folge der wachsenden Konkurrenz der Arbeitgeber um die knapp gewordenen Arbeitskräfte sind und sich überdies nicht auf übertarifliche Lohnzulagen beschränkten, sondern auch in anderen Formen — Einmalzahlungen, Gewährung von Trennungsentschädigung, Erstattung von Fahrtkosten zum Arbeitsplatz u. ä. — in Erscheinung traten. Die Löhne wurden mithin erhöht, bevor ein tariflicher Zwang vorlag. Bei den Tarifabschlüssen vollzog sich — ähnlich wie bei Effektivverdiensten — im Verlaufe des Jahres insofern eine Tendenzänderung, als gegen Ende des Jahres größere Lohnerhöhungen zugestanden wurden als in den vorangegangenen Monaten. So betrugen nach unseren Unterlagen die im zweiten Halbjahr wirksam gewordenen Erhöhungen der Tariflöhne und -gehälter — auf Stundenbasis gerechnet — 5,2 Prozent gegen 4,8 Prozent in der ersten Hälfte des Jahres. Die Zahl der von diesen Tarifierhöhungen begünstigten Arbeitnehmer war allerdings im zweiten Halbjahr mit 6,5 Millionen Beschäftigten — gegen 8,4 Millionen Beschäftigte im ersten Halbjahr — wesentlich niedriger, da in dieser Periode weniger Tarif-

verträge zur Erneuerung anstanden. Die wichtigsten, zuletzt vereinbarten Tariflohnaufbesserungen gingen über den obengenannten Durchschnitt von 5,2 Prozent erheblich hinaus. So wurden im November in der Textilindustrie und in der Chemischen Industrie die alten, etwa eineinhalb Jahre lang gültig gewesenen Tarifverträge durch neue ersetzt, die eine Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne um durchschnittlich 9 bzw. 8 Prozent zur Folge hatten.

Die lohnpolitische Situation Anfang 1960 und ihre währungspolitische Beurteilung

17. Die Verstärkung der lohnpolitischen Aktivität, die bereits gegen Ende des Jahres 1959 zu beobachten war, wird sich aller Voraussicht nach in den ersten Monaten des neuen Jahres fortsetzen. Am Jahresende waren Lohntarifverträge für etwa 4,8 Millionen Arbeitnehmer, das heißt für gut ein Viertel aller Arbeitnehmer, für die überhaupt Tarifverträge abgeschlossen werden, gekündigt. Die Forderungen der Gewerkschaften, über die in den nächsten Wochen verhandelt werden wird, richten sich hauptsächlich auf Lohnerhöhungen, jedoch ist verschiedentlich auch eine neuerliche Verkürzung der Arbeitszeit zur Debatte gestellt. Soweit die Lohnforderungen bisher schon präzisiert wurden, beliefen sie sich in der Industrie und im Handwerk auf 6 bis 12 Prozent, im Handel auf 8 bis 15 Prozent, im öffentlichen Dienst auf 12 bis 15 Prozent der Grundgehälter der Angestellten und der Ecklöhne der Arbeiter⁴⁾. Die einzelnen Forderungen sind untereinander allerdings nicht ohne weiteres vergleichbar, da die gekündigten Tarifverträge unterschiedlich lang in Kraft waren. In der Industrie betrug die Laufzeit teilweise — so z. B. beim Lohnstarif für die Bauarbeiter — weniger als ein Jahr, während die Tarifverträge der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst 1½ Jahr in Kraft waren.

18. Bis zum Ende des zweiten Quartals werden weitere wichtige Lohnstarifabkommen für nahezu fünf Millionen Beschäftigte kündbar, darunter Ende Juni die meisten Tarifverträge in der Metallindustrie. Gemäß den jüngsten Erklärungen aus Gewerkschaftskreisen ist kaum daran zu zweifeln, daß sie Kündigungen, sobald es die Verträge zulassen, aussprechen werden.

19. Angesichts der Häufung von Kündigungen und der dabei geltend gemachten Forderungen erhebt sich die Frage, inwieweit im Jahre 1960, güterwirtschaftlich betrachtet, ein Spielraum für Lohnerhöhungen besteht.

Lohnerhöhungen bedeuten zweierlei: Erhöhung der Produktionskosten und zusätzliche Kaufkraft im Konsumbereich. Erhöhte Kosten haben nur dann keine preissteigernde Tendenz, wenn sie durch erhöhte Leistungen bezogen auf den Beschäftigten, sei es durch erhöhten Maschineneinsatz, sei es durch bessere Betriebsorganisation, kompensiert werden können, das heißt, wenn die Produktivität entsprechend gesteigert werden kann. Sie wirken auch insoweit nicht preissteigernd, als sie durch eine Verringerung der Gewinnspanne der Unternehmungen aufgefangen werden. Ein erhöhtes Arbeitseinkommen ist nur dann preisneutral, wenn ihm ein entsprechend erhöhtes Angebot an Gütern und Dienstleistungen gegenübersteht oder im gleichen Umfang mehr gespart wird. Wegen dieser vielschichtigen Zusammenhänge können Angaben über den möglichen Spielraum für künftige Lohnerhöhungen nur mit Vorbehalten gemacht werden.

⁴⁾ Außerdem fordern die Beamtenvertreter eine Erhöhung der Beamtenbezüge um 12 Prozent.

21. Die von uns für möglich gehaltene Produktivitätssteigerung um 3 bzw. 4 Prozent im Jahre 1960 kann natürlich nur als ein grober Maßstab dafür gelten, bis zu welcher Höhe Lohn- und Gehaltssteigerungen von der Kostenseite her als preisneutral zu betrachten wären. Dabei ist in Rechnung gestellt, daß in vielen industriellen Bereichen ein Produktivitätszuwachs erzielt werden wird, der den Durchschnitt von 3 bis 4 Prozent erheblich übersteigt. Dies besagt natürlich nicht, daß in diesen Bereichen eine Erhöhung der Löhne über den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs hinaus ungefährlich wäre, wenn dort für sich betrachtet auch stärkere Lohnerhöhungen kostengemäß verkraftet werden könnten. Bei der weitgehenden Interdependenz der Löhne ist nämlich zu befürchten, daß in Bereichen mit geringem oder gar keinem Produktivitätszuwachs das Lohnniveau im ähnlichen Umfang nachgezogen wird, obgleich hier nur eine geringe oder gar keine Kompensationsmöglichkeit für derartige Kostensteigerungen besteht. In diesen Zweigen wäre deshalb mit erheblichen Preisauftriebenden zu rechnen. Die Stabilerhaltung des Preisniveaus würde damit von der Kostenseite her in Frage gestellt.

22. Die Preisentwicklung hängt allerdings nicht allein von der Entwicklung der Kosten, sondern auch von der jeweiligen Marktlage ab. Die beiden letzten Jahre illustrieren dies deutlich. Im Jahre 1958 war in der Gesamtwirtschaft die Lohnsteigerung erheblich stärker als der Produktivitätszuwachs. Infolge der flaueren Geschäftstätigkeit und des dadurch verursachten Wettbewerbsdrucks haben sich aber die Preise nur geringfügig erhöht; vielmehr sind die Gewinnspannen eingeeengt worden. Im Jahre 1959 hielten sich die Lohnerhöhungen ungefähr im Rahmen der Produktivitätssteigerung, trotzdem stiegen aber die Preise gegen Ende des Jahres — auch außerhalb des Sondereinflusses unterliegenden Agrarsektors — leicht an, weil der Wettbewerb mit dem Konjunkturaufschwung nachließ; die Gewinnmargen weiteten sich mithin aus. Diese Entwicklung ist vom Standpunkt eines ruhigen stabilen Wachstums der Gesamtwirtschaft aus zweifellos zu bedauern. Hätten die Unternehmer der Wirtschaftszweige mit überdurchschnittlich hohem Produktivitätszuwachs ihre Produktivitätsgewinne in den Jahren 1958 und 1959 in stärkerem Maße zu Preissenkungen verwandt, so hätte dies die Lohnforderungen der Gewerkschaften sicher gemäßigt und nicht zu einem so starken Investitionsboom geführt, wie er augenblicklich festzustellen ist. Die Marktlage gestattete ihnen jedoch eine Preisgestaltung, bei der solche längerfristigen volkswirtschaftlichen Überlegungen zu kurz kamen.

23. Auch heute muß damit gerechnet werden, daß es den Unternehmern möglich wäre, erhöhte Lohnkosten über die Preise auf die Abnehmer zu überwälzen, so daß Lohnerhöhungen, die über die durchschnittliche Produktivitätserhöhung hinausgehen, die Preisauftriebenden verstärken würden. Die Marktlage steht, wie erwähnt, nach wie vor im Zeichen einer Übernachfrage. Die Bremsen der Kreditpolitik sind zwar bereits merklich angezogen, aber die Kreditpolitik hat bislang noch keine ausreichende Unterstützung durch die öffentliche Finanzpolitik gefunden. Der Trend der öffentlichen Ausgaben ist noch immer stark nach oben gerichtet, und für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Ausgaben ist weiter die Kreditfinanzierung vorgesehen. Sehr stark ist ferner seit einiger Zeit wieder der Sog der Auslandsnachfrage. Auch die Entwicklung der Spartätigkeit ist in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung. In den vergangenen

Jahren war der Anteil der Ersparnis an der Einkommenssteigerung zeitweise sehr hoch, so vor allem 1957 und 1958, das heißt in Jahren, in denen die Preise weitgehend stabil blieben. Auch im Jahre 1959 hat die Ersparnis der privaten Haushalte weiter zugenommen, jedoch nicht mehr stärker als das Einkommen selbst. Seit dem dritten Vierteljahr 1959 hat sich das Verhältnis zwischen der Ersparnisbildung und dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte eher verschlechtert. Hält diese Tendenz an, so wird die aus Lohn- und Gehaltserhöhungen resultierende Einkommenssteigerung in ihrer Wirkung auf die Nachfrage nach Konsumgütern also nicht mehr, wie es noch bis Mitte 1959 der Fall war, durch die Erhöhung der Sparquote bis zu einem gewissen Grade kompensiert. Die Preissteigerungstendenzen werden sich infolgedessen verstärken.

24. Lohnsteigerungen über die Erhöhung der durchschnittlichen Produktivität hinaus, würden in der gegenwärtigen Konjunkturlage also mit ziemlicher Sicherheit preissteigernde Tendenzen auslösen, da die Unternehmer auf Grund der derzeitigen Marktlage zumindest einen Teil der erhöhten Lohnkosten auf die Abnehmer abwälzen könnten. Im Interesse der Wahrung der Preisstabilität müßte daher den expansiven Tendenzen der Nachfrage noch stärker als bisher entgegengewirkt werden. Für die Notenbank, die schon seit dem Herbst des vergangenen Jahres, als die — bislang kaum kostengemäß bedingten — Preissteigerungen einsetzten, durch restriktive Maßnahmen in dieser Richtung wirkt, würde das den Zwang zu einer weiteren Verschärfung ihres restriktiven Kurses bedeuten. Um so dringlicher werden dann aber auch entsprechende Maßnahmen der übrigen konjunkturpolitischen Instanzen.

25. Ob sich in Kürze die Steigerung der Nachfrage so eindämmen lassen wird, daß eine über den durchschnittlichen Produktivitätszuwachs hinausgehende Erhöhung der Löhne nicht mehr auf die Preise überwälzt werden könnte, ist allerdings fraglich. Es muß daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine stärkere Lohnwelle nicht preisneutral bleiben würde. Erst wenn es gelingt, die Marktlage so zu verändern, daß Kostenerhöhungen nicht mehr auf den Preis abgewälzt werden, würde sich die Lage ändern. Die den Produktivitätszuwachs übersteigenden Lohnerhöhungen müßten dann nolens volens in der Gewinnspanne aufgefangen werden.

26. Zweifellos wird es in jedem Falle nötig sein, auf einen Abbau der derzeitigen Übernachfrage, die Preiserhöhungen verhältnismäßig leicht möglich macht, hinzuwirken. Zwingt die Stärke der Lohnforderungen zusammen mit der bisherigen Preisstarrheit in einigen Bereichen der Wirtschaft jedoch dazu, zu diesem Zweck drastische Maßnahmen zu ergreifen, um die Preisauftriebenden in einem möglichst frühen Stadium zu unterbinden, so könnte als unvermeidliche Nebenwirkung dieser Entwicklung allerdings auch eine ausgesprochene Konjunkturabschwächung einsetzen. Starke Lohnkostenerhöhungen bei einer fühlbaren Verschlechterung der Absatzbedingungen (wie sie sich unter Umständen aus einer im Interesse der Preisstabilität unumgänglichen harten Kredit- und Finanzpolitik ergeben könnte) würden aller Erfahrung nach über die Einschränkung der Investitionen sehr bald zu einer Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit und damit auch der Beschäftigung führen und so auf ihre Urheber selbst zurückschlagen. Im Interesse der Aufrechterhaltung eines angemessenen, aber nicht durch Preissteigerungen erkauften (und damit auf weitere Sicht eben-

falls gefährdeten) Wachstums ist es daher dringend notwendig, daß die — innerhalb vernünftiger Grenzen berechtigten — Lohnforderungen nicht überspannt werden, daß die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Gewerkschaften nicht dadurch erschwert wird, daß Preisrückgänge, die auf Grund der Kostelage möglich wären, unterbleiben. Durch eine möglichst liberale Einfuhrpolitik, durch eine entsprechende Handhabung der landwirtschaftlichen Marktregulierung, durch eine stärkere Rationalisierung des Handelsapparates und durch eine schärfere Einflußnahme auf Preisfestsetzung monopolitischer und quasimonopolitischer Unternehmungen — um nur diese Beispiele zu nennen, — ließe sich sicher manches erreichen.

Lebensmittelpreise rückläufig

Der Preisindex für die Lebenshaltung ist nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes vom November auf Dezember 1959 um 0,1 % gesunken. Ausschlaggebend für diese, seit April 1959 erstmals wieder zu verzeichnende Senkung des Preisniveaus für die Lebenshaltung waren fallende Preise bei einem Teil der Nahrungsmittel und Getränke. Für die Gruppe „Ernährung“ ergab sich ein Indexrückgang um 0,2 %, für „Getränke und Tabakwaren“ um 0,1 %. Auch „Hausrat“ wies eine fallende Preistendenz auf.

Zur Preissituation sind inzwischen neue wichtige Stellungnahmen abgegeben worden, die alle auf eine Senkung der Preise abzielen. So hat der Vorsitzende der Landesgruppe der CSU, Höcherl, im Bayerischen Rundfunk am 13. Januar Unternehmer wie Gewerkschaften vor einer Preis- und Lohnpolitik gewarnt, die für alle verhängnisvolle Folgen haben müßte. Die Bundesregierung und der Bundestag wären notfalls bereit, jenen profitgierigen Außenseitern auf die Finger zu klopfen, die in schamloser Weise die gestiegene Nachfrage zu überhöhten Preisen ausnutzten, statt die Vorteile der Mengenkonjunktur an den Verbraucher weiterzugeben. — Auch Bundeswirtschaftsminister Erhard warnte vor der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages vor Preissteigerungen. Es sei nicht zu bestreiten, sagte Erhard, daß die gestiegenen Preise keinesfalls auf übertriebene Lohnforderungen der Gewerkschaften zurückzuführen seien.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände hat kürzlich an die Regierung, die Bundesbank, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften appelliert, ein Abkommen zu treffen, in dem die Gewerkschaften auf Lohnerhöhungen verzichten, wenn die Unternehmer die Preise senken. Ferner schlägt die Arbeitsgemeinschaft einen ständigen unabhängigen Ausschuß vor, der die Schwächung

der Kaufkraft durch geeignete Maßnahmen abwenden soll. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände macht im übrigen in ihrer „Verbraucher-Politischen Korrespondenz“ vom 15. Januar darauf aufmerksam, daß vor allem die Preise für Markenbutter, Schweineschmalz, Eier, Schnittkäse, Geflügel, Fleisch- und Wurstwaren sowie für verschiedene Plastik-erzeugnisse und für Rundfunk- und Fernsehrohre nicht unerheblich zurückgegangen seien.

Rückgang der Feierschichten

Im Laufe des Jahres 1959 sind im Ruhrgebiet im Durchschnitt aller Schachtanlagen 11,27 Schichten wegen Absatzmangels ausgefallen. Der Förderausfall betrug 4,98 Millionen Tonnen, darunter im Dezember 1959 nur noch 0,03 Schichten mit einem Ausfall von 12 000 Tonnen. Im Saargebiet, wo 1959 rund 18 47 Schichten je Anlage wegen Absatzmangels ausfielen, gab es im Dezember keine Feierschichten mehr. Der Vorstandsvorsitzer der „Essener Steinkohlenbergwerke AG.“, Direktor Tengelmann, warnte am 23. Januar in Essen vor voreiligen und zu umfangreichen Zechenstillegungen im Steinkohlenbergbau. Er halte es nicht für klug, heimische Lagerstätten dem Bezug zeitweilig billigerer Energien aus fremden Währungsgebieten zu opfern. Im übrigen müßten die politischen Instanzen Mittel schaffen, mit denen der Kohlenmarkt gegen den Ölmarkt abgegrenzt werden könne, damit ein Energiechaos vermieden würde.

Ärzterschaft demonstriert gegen Reform der Krankenversicherung

Die in Hannover gegründete „Aktionsgemeinschaft der deutschen Ärzte“ hat in einem Flugblatt mit einer Auflage von fünf Millionen gegen die Selbstbeteiligung der Versicherten an den Kosten der ärztlichen Behandlung, wie sie im Reformentwurf zur Krankenversicherung vorgesehen ist, Stellung genommen. Das Flugblatt wird von den über 40 000 freipraktizierenden Ärzten in der Bundesrepublik in ihren Warteräumen ausgegeben. Auch der „Marburger Bund“, Verband der angestellten Ärzte, hat sich am 24. Januar gegen eine Kostenbeteiligung der Patienten ausgesprochen. Weitere Protestkundgebungen haben mit über 1000 Ärzten in Essen sowie in Bad Nenndorf, Stuttgart und in Hanau stattgefunden.

Die Vertreterversammlung der Industriegewerkschaft Metall in Augsburg hat am 23. Januar zum Generalstreik aufgefordert, wenn die 1. Lesung des Gesetzentwurfes zur Krankenversicherungsreform im Bundestag erkennen lassen sollte, daß der Entwurf zum Gesetz erhoben würde. Es heißt in der Resolution: „Ein Generalstreik aller Arbeitnehmer als Ausdruck unseres Protestes ist demokratisch erlaubt und in diesem Fall unumgänglich und notwendig.“ —

Der sozialpolitische Ausschuß des Bundestages hat am 14. Januar beschlossen, das Schwergewicht seiner künftigen Arbeit auf die Krankenversicherungsreform zu legen. Die erste Lesung des Krankenversicherungs-Neuregelungs-Gesetzes soll am 17. Februar im Bundestag in Bonn stattfinden. Es mehren sich jedoch die Stimmen, die dem jetzt vorliegenden Referentenentwurf im Parlament keine Chance geben. So erklärte Bundesarbeitsminister a. D. Anton Storch in der Evangelischen Sozialakademie in Friedewald, er sei sicher, daß der am 17. Februar in die 1. Lesung gehende Entwurf eines Neuregelungsgesetzes der sozialen Krankenversicherung nicht die Mehrheit des Parlaments finden werde.

Christlich-sozialer Arbeiterkongreß

Am 26. und 27. März soll der seit langem geplante Christliche Arbeiterkongreß den „krönenden Abschluß jahrelanger Einigungsbestrebungen im christlich-sozialen Raum“ bringen, wie Johannes Albers, der Vorsitzende der christlich-demokratischen Sozialausschüsse, im Januar-Heft der Zeitschrift „Soziale Ord-

nung“ schreibt. Nach der Meinung von Albers wird der Kongreß der Sammlung und Besinnung christlich-sozialer Kräfte dienen, nachdem ursprünglich gewerkschaftspolitische Themen besprochen werden sollten. Bis jetzt ist ziemlich eindeutig, daß sich bis auf die Evangelische Arbeiterbewegung (EAB) mit ihren Jugendgruppen die evangelischen Verbände und Institutionen der Arbeitnehmerschaft nicht an diesem Kongreß beteiligen werden. Auch im katholischen Lager sind die Meinungen nicht mehr einhellig. Dies wird unter anderem ersichtlich aus einer Empfehlung des bekannten katholischen Sozialwissenschaftlers Professor Oswald von Nell-Breuning SJ, der kürzlich dem DGB empfohlen hat, bei der Beratung seines Programms von der SPD zu lernen. Kenner der Situation folgern daraus, daß z. B. Nell-Breuning und andere ihm nahestehende Kräfte einen gesonderten christlichen Arbeiterkongreß nicht mehr für erforderlich halten.

Arbeitskreis für Arbeitszeitberechnung

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. H. C. Paulssen, hat in einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Willi Richter vorgeschlagen, einen gemeinsamen Arbeitskreis zur Überprüfung der statistischen Daten der Entwicklung der Arbeitszeit in der Bundesrepublik und den übrigen europäischen Industrieländern einzusetzen. Dr. Paulssen regt an, daß sich die volkswirtschaftlichen und statistischen Abteilungen der Bundesvereinigung und des DGB dieser Aufgabe unmittelbar annehmen und so bald wie möglich eine Zusammenkunft verabreden.

Für diesen „Sozialpolitischen Zeitspiegel“ wurde folgendes Material ausgewertet: PDA-Presse-dienst der Deutschen Arbeitgeberverbände; „Schnelldienst“ des Deutschen Industrieministerts; KND-Kurznachrichtendienst der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; DGB-Nachrichtendienst; „Pressenachrichten“ der IG-Metall; „Auszüge aus Presseartikeln“, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank; „Verbraucher-Politische Korrespondenz“ der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und eigene Korrespondenzberichte. Die Redaktionsarbeiten wurden am 3. Februar abgeschlossen.

Sozialromantiker

Unter dem nationalsozialistischen Regime gab es die unmenschliche, aber viel geübte Methode, unerwünschte Kritiker und eigenständige Persönlichkeiten in Verruf zu bringen und damit für das „gesunde Volksempfinden“ zu „erledigen“. Dies geschah, indem man ihnen die Bezeichnung von „unsozialen Elementen“, Kritikastern, Nörglern und Meckerern, „System“-Förderern (der Weimarer Republik) und „Untermenschen“ anhängte, sie vermittels Flüsterpropaganda in den Verdacht abartiger Geschlechtsveranlagung nach § 175 (nach dem sog. Röhm-Putsch!) brachte oder sie irgendwie sonst — z. B. als Betschwestern und Knierutscher — zu verhöhnen und lächerlich zu machen versuchte.

Solche groben Methoden der Verunglimpfung durch billige und massenverhetzende Schlagworte gibt es heute nicht. Aber es gibt neuartige Ansätze zu einer geistigen Diskreditierung, die uns sehr bedenklich erscheinen. Schon das Bejahen eines seiner Grenzen bewußten Wohlfahrtsstaates bedeutet für gewisse Leute — niedrig und hoch — einen Anreiz, die Verfechter des wohlfahrtsstaatlichen Handelns in nächster Nachbarschaft des kollektivistischen Gesellschaftssystems anzusiedeln. Das ungute Wort von den „Sozialfunktionären“ scheint selbst den Lippen von Bundesministern im Wortgefecht nicht unbekannt zu sein — wobei es in der Regel nicht auf die kapitalstarken Gruppen unserer Gesellschaft und ihre bediensteten Sprecher und Mitarbeiter angewandt wird. Vielen Leuten wiederum scheint soziale Gerechtigkeit ein freundlicher Puder oder ein brauchbarer Firnis zu sein, solange sie sich in allgemeinen Abstraktionen und in ethischen Gemeinplätzen erschöpft. Versucht sie aber, in die Ordnung der sozialen Strukturen gestaltend einzugreifen, so können sich ihre Befürworter und Vorkämpfer schnell bei den bösen „Ökonomen“ oder „praktischen Materialisten“ eingruppiert finden.

Seit einigen Jahren ist ein neues Wort im Aufkommen, das anscheinend von der höheren Ministerialbürokratie bestimmter Herkunft und Zielrichtung geprägt und in Zirkulation gegeben worden ist. Die ethisch fundierten Sozial- und Familienpolitiker — keine solche Politik ist ohne ein sittlich gegründetes Leitbild möglich — sind

dem Beschuß durch das „neue“ Wort besonders ausgesetzt, das vorerst noch mehr im Verborgenen als auf freier Wildbahn seinen Lauf nimmt. Wir meinen das Schlagwort „Sozialromantiker“. Es lohnt sich, diesem Schlagwort rechtzeitig eine Glosse zu widmen.

Wir vermögen nicht zu sagen, wo in ihrem Geschichts-, Gesellschafts- und Kulturbild die Väter des neuen Wortes die Romantik beheimatet sehen. Wir dürfen aber daran erinnern, daß es Rousseau war, der nicht nur der Großen französischen Revolution von 1789, sondern auch dem Aufbruch der Romantik den Boden maßgeblich bereitet hat. Also der Vorkämpfer der Freiheit! Freilich auch der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit! Dieser Jean Jacques Rousseau ist kein Gefühlsenthusiast, so sehr er auch von der Wucht und der sittlichen Legitimation ursprünglicher Gefühle weiß. Eduard von Jan hat mit Recht betont, daß Rousseau gleichermaßen auf Gefühl und Verstand einwirken will — auf das Ethos und die Vernunft. Die Romantik faßt das Leben — und zwar das ganze Leben mit Staat, Wirtschaft, Ethik und Kunst — als eine Einheit. Sie weiß, wie es später Adam Müller formuliert hat, um das „Geheimnis der Gegenseitigkeit aller Verhältnisse des Lebens“. Nach der Öde und Dürre des Zeitalters der Aufklärung ist sie natürlich durchglüht von gewaltigen Emotionen. Der hohe Verwaltungsbeamte Joseph von Eichendorff pointiert diese Seite der Romantik: „Dir wächst das Herz noch bei der Wälder Rauschen — dich rühren noch die wilden Riesenworte.“ Das ist ein Teil von jenem Sturm und Drang, den wir auch beim jungen Schiller und beim jungen Goethe finden; ein Sturm, mit dem Rousseau durch seinen Emile sogar in die Lebensordnungen Immanuel Kants eindringt!

Mögen auch die dichterischen Leistungen der Romantik — Novalis, Eichendorff, Tieck, Brentano, Achim von Arnim, Wilhelm Müller, die Gebrüder Grimm, Hebel, Hauff, Uhland, Kerner, E. T. A. Hoffmann (um nur einige zu nennen) — und ihr künstlerisches Erbe — Caspar David Friedrich, Schwind, Spitzweg, Richter und der Spätling Arnold Böcklin — dem Bewußtsein breiter Schichten unseres Volkes vertrauter geblieben

sein: die staats- und sozialphilosophischen, die geschichtskritischen und soziologischen Ertragnisse der romantischen Epoche sind nicht gering! Othmar Spann, dem weder das Instrumentarium der modernen Sozialökonomie noch die wichtigen Hilfsmethoden neuzeitlicher Statistik fremd waren, hat voreiligen Kritikern der philosophischen und soziologischen Romantik — er meinte damit in erster Linie Adam Müller, Franz v. Baader, Fichte, in zweiter Linie Friedrich Gentz und Carl Ludwig von Haller und zuletzt auch August Wilhelm Schlegel und den Reichsfreiherrn vom Stein — die Aussage entgegenstellt: „Gewisse neueste Versuche, die Romantik als unklare Gefühlsschwärmerei abzutun, richten sich in ihrer Oberflächlichkeit von selbst.“ Insoweit — insoweit! — pflichten wir dem verstorbenen Wiener Soziologen bei, ohne uns damit den Overall einer historisch gewordenen, aber auch heute noch seins- und wirkungsmächtigen Kulturepoche anzuziehen.

Was den Kern der sozialpolitischen Romantik ausmachte, war ihr Wissen um die Einheit des Lebens, die ökonomische Gegenseitigkeit in Staat und Gesellschaft als ein unabdingbares Datum und um die Notwendigkeit des ständigen Sich-Mühens um die jeweils angemessene, die „bessere“ Gerechtigkeit. Genau diese Wirklichkeiten und Ziele sind es, denen sich alle jene öffnen müssen, die heute so merkwürdig inkonsequent zwar nach einem neuen und gehaltvollen Wirtschaftsstil rufen, seine Verwirklichung aber immer wieder verzögern oder gar unmöglich machen.

Hier scheiden sich in der Tat die Geister. Wer nur das Individuum, den Einzelnen, die als Kostenfaktor meßbare Leistung, den produktionstechnischen „Erfolg“ zum Maß der Dinge erhebt — ob

gewollt oder ungewollt, bewußt oder unbewußt — der zerstört die Gänge des Lebens und verurteilt sein eigenes Mahnen zu einem neuen Wirtschaftsstil dazu, ein Ruf ohne Echo zu bleiben. Das Leben besteht auch aus Ehen, aus Familien, Nachbarschaften, Gesellungen, Schichten, aus Gemeinschaften und der Lebenserfüllung zugeordneten Gruppen. Wirtschaft und Wirtschaften sind nicht total, doch sehr wesentlich Mittel für die höchsten Lebensziele bis hin zu Volk, Staat und Menschheit. Und wir meinen hier die Familie als fürsorgerische, erzieherische und gesellschaftliche Intimgemeinschaft. Gerade die, die sie nicht ernst nehmen, die sie voller Affekte oder voller Denkräpheit sozialpolitisch und sozialökonomisch deklassieren, sind in einem (nun wirklich negativen Sinne) Romantiker, Abgekehrte von der gesellschaftlichen Wirklichkeit und damit Schrittmacher der fortschreitenden Auflösung.

August Wilhelm Schlegel schrieb 1806: „Unsere Zeit krankt... an Schläpheit, Unbestimmtheit, Gleichgültigkeit, Zerstückelung des Lebens in kleinliche Zerstreuungen und an Unfähigkeit zu großen Bedürfnissen, an einem allgemeinen Mit-dem-Strom-Schwimmen, in welche Sümpfe des Elends und der Schande er auch hinuntertreiben mag... Dies ist eine gewaltsame, hartprüfende, entweder aus langem, unsäglichem Unglück eine neue Gestalt der Dinge hervorzurufen oder auch die ganze europäische Bildung unter einem einförmigen Joch zu vernichten bestimmte Zeit.“

Diese Stimme dringt auch herüber in das Jahr 1960. Wenn es je „Sozialromantiker“ geben sollte — wo sitzen sie?

Martin Donath

Informationen und Berichte

EVANGELISCHE AKTIONSGEMEINSCHAFT FÜR FAMILIENFRAGEN

Es ist heute über verschiedene Tagungen mit familienpolitischer Thematik zu berichten, die zur Zeit in Vorbereitung sind, beziehungsweise bereits stattgefunden haben. Die Mitglieder der EAF werden gebeten, vor allem die Punkte 1 (Wohnungsbau-Tagung Mehlem) und 2 (Weltfamilienkongreß New York) durchzulesen, da diese Mitteilungen als offizielle Benachrichtigung gelten.

1.

„Bauen wir richtig?“ Arbeitstagung in Mehlem vom 7.—9. März 1960

Nachdem bereits in den Informationen der Januar-Nummer unter Punkt II ein Hinweis auf diese Veranstaltung gebracht wurde, geben wir nunmehr die näheren Einzelheiten über die Planung, wie sie vom Bundesministerium für Wohnungsbau als Initiator dieser Tagung vorgesehen sind, bekannt:

Zweck der Arbeitstagung:

Diskussion wichtiger Probleme im Wohnungsbau, die besonders die Frau in ihrer Fürsorge für das Familienleben interessieren. Der Fragenkomplex reicht von der Städteplanung bis zur Innenausstattung und -Einrichtung.

Träger:

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen

Schirmherrin:

Die Gattin des Bundespräsidenten

Teilnehmerkreis:

Eine Reihe von namentlich einzuladenen Gästen;
60—70 Frauen und Vertreterinnen ihrer Organisationen;
20—30 maßgebende Vertreter des Wohnungsbaus.

Tagungsort:

Haus der Evangelischen Frauenhilfe
Bad Godesberg-Mehlem, Antoniterstraße 22

Dauer:

Vom 7.—9. März.

Es sollen alle Fragen behandelt werden, die mit der Förderung einer besseren Wohnungsplanung und Wohnungsnutzung

zusammenhängen (Einzelthemen: Durchdachte Haushaltsführung; Wohnen heißt Leben; Stärkung des Familienlebens durch sinnvolle Freizeitgestaltung innerhalb und außerhalb des Wohnbereiches; Ergänzung des Wohnungsbaues durch Gemeinschaftsanlagen usw.)

Die genaue Tagesordnung kann von Interessenten bei der Geschäftsstelle der EAF in Stuttgart angefordert werden.

2.

Internationale Familienkonferenz in New York

Die Internationale Union der Familienorganisationen bereitet für das Jahr 1960 eine Weltfamilienkonferenz vor, die vom 23.—26. August in der Columbia-Universität in New York stattfinden soll. Das Generalthema der Konferenz lautet: „Reife des Menschen und Sicherheit der Familie“.

Im einzelnen sollen folgende Themen behandelt werden:

Probleme der Heranbildung und der Entwicklung des Menschen zur persönlichen Reife in einer technisch rasch voranschreitenden Zivilisation.

Die besonderen Verantwortlichkeiten der Familie zur Schaffung eines möglichst geeigneten Erziehungsklimas in Richtung auf die persönliche und soziale Reife des Kindes und des heranwachsenden Jugendlichen.

Wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit der Familie.

Zusammenarbeit zwischen Eltern und Erziehern, insbesondere Lehrern, soweit sie an der Heranbildung des jungen Menschen beteiligt sind und ihn auf sein Leben in Familie, Gesellschaft und Beruf vorbereiten.

Für die Vollsitzungen ist an 4 Berichterstatter gedacht, von denen je einer aus Europa, aus den USA, aus Südamerika und einer evtl. aus Kanada gewonnen werden soll.

Die Beherrschung der englischen Sprache erscheint für diesen Kongreß erforderlich.

Im Anschluß an die eigentliche Studientagung sind Exkursionen, Rundflüge und

Besichtigungen vorgesehen, um den Kongreßteilnehmern Gelegenheit zu geben, in gewissem Umfange das amerikanische Leben auch außerhalb von New York kennen zu lernen. — Da während des Kongresses Aufnahme und Verpflegung in den College-Einrichtungen erfolgen kann, werden die Kosten dadurch ermäßigt. Für den weiteren Aufenthalt ist mit Einladungen amerikanischer Familien zu rechnen. — Es ist geplant, ein Sonderflugzeug zu chartern, um einen Europäischen Gemeinschaftsflug zu ermöglichen, wodurch die Kosten erheblich gesenkt würden. Interessenten müßten sich unverzüglich beim Generalsekretariat der UIOF (Paris, Place St. Georges 28) melden. Man würde voraussichtlich am Sonntag, den 21. August ab Paris abfliegen und am Sonntag, den 4. September zurückkehren.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen hat für diesen Kongreß bereits einen Vertreter benannt. Falls darüber hinaus der eine oder andere Mitgliedsverband noch weitere Vertreter zu entsenden wünscht, wird gebeten, sich dieserhalb mit der Geschäftsstelle der Aktionsgemeinschaft in Stuttgart in Verbindung zu setzen.

3.

Arbeitstagung Familienerholung in Usseln

Eine Arbeitstagung des Ausschusses Familienerholung in der „Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen“ fand vom 23.—26. November 1959 im Evangelischen Familien-Freizeitheim in Usseln (Waldeck) statt.

In diesem Ausschuß sind die drei Sektoren der Familienerholungsarbeit zusammengefaßt, die mit jeweils 8—12 Vertretern an der Tagung beteiligt waren:

- a) „Arbeitskreis Familienerholung“ innerhalb der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (Vorsitzender: Pfarrer Wilhelmy, der aber leider selbst nicht an der Tagung teilnehmen konnte und durch Pfarrer Wehrmann/Marl vertreten wurde)
- b) Katholischer Arbeitskreis für Familienerholung (Vorsitzender: Pastor Geerling)
- c) Paritätischer Arbeitskreis für Familienerholung (Vorsitzender: Herr Naumann, Präsident des Bundes der Kinderreichen Deutschlands).

Außerdem nahmen Vertreter des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen und einiger Länderministerien teil. Die Leitung wurde im täglichen Wechsel von den Vorsitzenden der drei Sektoren übernommen.

Das einleitende Referat mit dem Thema „Ehe und Familie in der gegenseitigen Zuordnung“ hielt Dr. Kohlscheen, der Leiter der Evangelischen Erziehungs- und Eheberatungsstelle Köln. Anschließend fanden ausgiebige Aussprachen über die verschiedenen Formen der Familienferien sowie über die Fragen der pädagogischen Leitung, Betreuung der Kinder usw. statt. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Durchsprache der „Richtlinien für eine Förderung der Familienerholung“ des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen. Kurzreferate über die architektonischen Möglichkeiten für Familienferienstätten, Berichte aus der Praxis und — als konkreter Anschauungsunterricht — eine Besichtigung des evangelischen Freizeitheimes Usseln ergänzten die gemeinsamen Beratungen. Weitere derartige Zusammenkünfte von Mitarbeitern und Vertretern aller drei Sektoren wurden von den Teilnehmern auch für die Zukunft für wünschenswert gehalten. Es wurde daher vereinbart, die nächste Arbeitstagung des „Ausschusses Familienerholung“ der ADF vom 7.—10. November 1960 abzuhalten.

Tagungsort: Familienferien- und Bildungshaus „Maria in der Aue“, Dabringhausen bei Altenberg, Bezirk Köln.

4.

Konferenz für Evangelische Familienberatung

Erwähnt werden muß auch die Arbeitstagung der Konferenz für Evangelische Familienberatung, die vom 7.—9. Januar in Frankfurt stattfand, — unter dem Gesamthema „Lebenshilfe in der Mischehe“. Den Vorsitz hatte Dr. Groeger, Düsseldorf, der auch die Tagung leitete. Die Federführung lag bei Dr. Fischer, Stuttgart.

Nachdem zuvor das Kuratorium der Konferenz zu einer Sitzung zusammengetreten war, begann die Arbeitstagung am 7. 1. nachmittags mit einer Bibelarbeit und mit Einzelbesprechungen der Sektionen. Es folgte am Abend eine Vollsitzung mit dem Bericht des Vorsitzenden über die bisherige Entwicklung, den Planungen für 1960 und den Berichten der Sektionen.

Am 8. und 9. Januar standen auf der Tagesordnung Referate mit anschließenden Diskussionen zu folgenden Themen:

Kanonisches Eherecht und evangelische Lebensordnung:

Oberkirchenrat Sucker, Frankfurt
Lebenshilfe in der Mischehe:

Dr. Bovet, Basel

Das Kind in der Mischehe:

Pfarrer Dr. Hunger, Münster
Über einzelne Ergebnisse dieser für die evangelische Familienarbeit bedeutsamen Tagung wird in der Folgezeit Näheres berichtet werden.

5.

Sonntag und Freizeit

Das Hauptthema der gesamtdeutschen Synode der EKD, die vom 21.—26. Februar im Johannesstift Berlin-Spandau stattfindet, lautet: „Sonntag und Freizeit“.

Der evangelische Arbeitskreis für Freizeit und Erholung, über den an dieser Stelle schon verschiedentlich berichtet worden ist, arbeitet bei der Vorbereitung und Durchführung der Behandlung dieses Themas eng mit dem Vorbereitenden Synodalausschuß zusammen.

Besonders wichtig erscheint dem Arbeitskreis die praktische Auswertung der auf der Synode gehaltenen Referate und der Diskussionen, sowie etwaiger Beschlüsse und Empfehlungen an die Landeskirchen

und Gemeinden, die kirchlichen Werke und Verbände. Zur Auswertung dieser Ergebnisse plant der Arbeitskreis daher die Durchführung einer besonderen Tagung, auf der Fragen der Freizeit, der Schichtarbeit, der Lage berufstätiger Frauen, des Sports und des Urlaubs im Hinblick auf Sonntagsheiligung und Erholung behandelt werden sollen.

Die Tagung soll vom 28.—30. März im „Haus der Begegnung“ der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr durchgeführt werden. Es sei schon jetzt darauf hingewiesen.

EAF

Hinweise zu den Autoren dieser Nummer)*

Diplom-Volkswirt **Renate Wald** ist — nach mehrjähriger journalistischer Tätigkeit — mit soziologischen Felduntersuchungen befaßt, gegenwärtig für das UNESCO-Institut für Sozialwissenschaften. Anschrift: Straße bei Ruppichteroth, Siegburg.

Dr.-Ing. Dr. rer. pol. habil. **Martin Pfannschmidt**, Architekt und Reg.-Baumeister a. D., ist einer der ersten Fachkenner für Fragen des Städtebaues und der Landesplanung. Er ist Vizepräsident der Internationalen Union für Bodenwertbesteuerung und Freihandel, Sitz London, sowie Mitglied des Ausschusses für Kommunalsteuer und Siedlungsstruktur des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung. Anschrift: Paderborn, Uhlenbruch 14.

Wolfgang Lohmüller ist Vorsitzender des Presseausschusses der Artur-Mahraun-Gesellschaft. Anschrift: München 13, Franz-Joseph-Straße 16.

*) Wir beschränken unsere Hinweise auf diejenigen Autoren, die wir unseren Lesern noch nicht bekannt gemacht haben.

Jetzt kaufen!
Preise stark herabgesetzt
für **SCHREIBMASCHINEN**
aus Vorführung u. Retoure
trotzdem 24 Raten. Umlauschrecht
Fordern Sie Gratis-Katalog A 729
NÖTHEL & Co. Deutschlands größtes
Büromaschinenhaus
Göttingen, Weender Straße 11

Der Gesamtauflage dieses Heftes ist das Inhaltsverzeichnis des 8. Jahrganges unserer Zeitschrift beigelegt.